

Issues und das Wahlverhalten
der Bürger der Europäischen Gemeinschaft
bei der Europawahl 1994

Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe (Neuantrag)
bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft

August 1993

1. Allgemeine Angaben

Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe (Neuantrag)

1.1. Antragsteller

Hermann Schmitt und Franz U. Pappi
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
Universität Mannheim
D-68131 Mannheim

Tabellarische Lebensläufe der Antragsteller sind diesem Antrag in einer Anlage beigelegt.

1.2. Thema

Issues und das Wahlverhalten der Bürger der Europäischen Gemeinschaft bei der Europawahl 1994

1.3. Kennwort

Europawahl & Issues

1.4. Fachgebiet und Ausrichtung

Politische Wissenschaft, Empirische Sozialforschung

1.5. Voraussichtliche Gesamtdauer

1992-97

1.6. Antragszeitraum

1994-96

1.7. Gewünschter Beginn der Förderung

1.4.1994

1.8. Zusammenfassung

Die Vollendung des Binnenmarktes sowie die Pläne zur Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft in eine Europäische Union, wie sie im Vertragsentwurf von Maastricht festgehalten sind, haben die Rahmenbedingungen demokratischer Repräsentation in der Europäischen Gemeinschaft verändert. Europäisches Regierungshandeln wird für immer mehr Gemeinschaftsbürger individuell erfahrbar, während die Möglichkeiten dieser Bürger, ihren Interessen in diesen Prozeß Ausdruck zu verleihen, nach wie vor sehr begrenzt sind. In dieser Diskrepanz erkennen viele ein zunehmendes demokratisches Defizit der Gemeinschaft.

Es ist das Ziel der *Europawahlstudie 1994*, Reichweite, Ursachen und Folgen von Wahrnehmungen eines demokratischen Defizites beim Bürger und bei den politischen Eliten zu untersuchen. Im Rahmen dieses größeren Forschungsvorhabens spielen die Einstellungen der Bürger zu politischen Sachfragen (kurz: Issue-Präferenzen) eine hervorgehobene Rolle. Sie können den spezifischen Beitrag von EG-politischen Issues zur Erklärung individuellen Wahlverhaltens verdeutlichen; sie können die Stabilität der nationalen Parteiensysteme in einer EG-europäischen Stress-Situation beleuchten; und sie können zu einer empirischen Überprüfung des Prozesses der elektoralen Repräsentation von Interessen in der Europäischen Gemeinschaft beitragen.

Im vorliegenden Antrag wird eine Strategie erarbeitet, wie die Issue-Präferenzen der Bürger in den zwölf Mitgliedsländern der Gemeinschaft erhoben werden können. Es wird dargelegt, daß diese Teilstudie auch ohne die Realisierung weiterer Module des Gesamtprojektes wissenschaftlichen Ertrag verspricht; daß dieser Ertrag aber mit der bei anderen Stellen beantragten Finanzierung von weiteren Teilen -- insbesondere der *Parlamentarier-Studie* -- ansteigen wird. Es wird beantragt, daß die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Erhebung von Issue-Orientierungen in der *Wählerstudie der Europawahlstudie 1994* finanziert.

2. Stand der Forschung, eigene Vorarbeiten

2.1. Stand der Forschung

2.1.1. Demokratische Repräsentation und die Politik der Europäischen Gemeinschaft

Die politischen Entscheidungsträger der Europäischen Gemeinschaft sind mit dem Bürger auf zu mindest dreierlei Weise verbunden:

(a) Über allgemeine Wahlen auf nationaler Ebene (nationale Hauptwahlen). EG-Bürger setzen mit ihrer nationalen Wahlentscheidung wichtige Rahmenbedingungen für die Bildung nationaler Regierungen. Nationale Regierungen konstituieren den Rat der Europäischen Gemeinschaft und übernehmen damit in der EG-Politik die Rolle des politischen Hauptdarstellers. Nationale Wahlen sind aber nur in dem Maße ein Vehikel demokratischer Repräsentation für die Politik der Gemeinschaft, in dem der Bürger Fragen der EG-Politik -- etwa die EG-politische Bilanz der Regierung oder differierende EG-Politikvorschläge der konkurrierenden Parteien -- in seiner Wahlentscheidung berücksichtigt oder in dem politische Fragen als ebenenunabhängig wahrgenommen werden.

(b) Über allgemeine Wahlen zum Europäischen Parlament. Europawahlen sind ein Vehikel demokratischer Repräsentation für die Politik der Europäischen Gemeinschaft dann und in dem Maße, in dem (1) Fragen der EG-Politik der Wahlentscheidung zugrundeliegen und (2) das Europäische Parlament an der Politikformulierung der Europäischen Gemeinschaft beteiligt ist.

(c) Über das *lobbying* von Interessengruppen, die EG-europäische Entscheidungsgremien entweder direkt oder über den Umweg über nationale Regierungen zu beeinflussen suchen. Auch hier werden Interessen repräsentiert, und es gibt Hinweise darauf, daß dieser Weg nicht der ineffizienteste ist (van Schendelen 1993). In demokratietheoretischer Hinsicht besteht sein Problem darin, daß er nicht je dem offensteht.

In der Politikarena der Europäischen Gemeinschaft waren die Voraussetzungen demokratischer Repräsentation in der Vergangenheit vergleichsweise schwierig. Das Ausmaß politischer Kommunikation war begrenzt, entsprechend der arenaspezifische Informationsstand der Bürger. Insbesondere in der ursprünglichen Sechsergemeinschaft haben viele kaum noch wahrgenommen, daß sie EG-europäischem Regierungshandeln unterworfen sind. Die Gemeinschaftspolitik wurde als Nebenprodukt, als

Anhängsel der nationalen Politik realisiert, und die Zustimmung zu ihr war am ehesten verknüpft mit der Zustimmung zur heimischen Politik (Treiber & Schmitt 1990). Gemeinschaftspolitik war auf den *permissive consensus* einer weitgehend uninteressierten und uninformierten Bürgerschaft gegründet (Lindberg & Scheingold 1970).

Die Probleme um die Ratifizierung des Vertragsentwurfes von Maastricht in den vergangenen Monaten haben gezeigt, daß der Elitenkonsens über eine Fortentwicklung der Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und zu einer Politischen Union diesen *permissive consensus* bei vielen EG-Bürgern überstrapaziert hat -- nicht nur in Dänemark, wo die Bürger dem Vertragsentwurf in einem ersten Referendum die Zustimmung verweigerten und erst im zweiten Anlauf zugestimmt haben. Auch in einem 'alten' Mitgliedsland wie Frankreich befindet sich die Politik der Europäischen Gemeinschaft in einer Legitimationskrise.

Zwar hat diese Krise vielfältige Ursachen -- u.a. die negativen Nebeneffekte der Vollendung des Binnenmarktes (die durch den Zusammenbruch des ehemaligen sowjetischen Imperiums noch verstärkt werden) und die Gefährdung des politischen Gleichgewichts in der Gemeinschaft, die vom wiedervereinigten Deutschland befürchtet wird. Eine zentrale Ursache wird aber im demokratischen Defizit gesehen, welches die politischen Strukturen und Verfahrensabläufe der Gemeinschaft nach Meinung vieler Beobachter und Akteure kennzeichnet. Dieses demokratische Defizit wird im Kern auf die mangelnde Rechenschaftspflicht EG-europäischer Entscheidungsträger gegenüber dem Wähler zurückgeführt (vgl. etwa Grabitz u.a. 1988; Weidenfeld 1990; Schmuck 1992; Reif 1992; Wessels 1992; mit anderer Auffassung van Schendelen 1991).

Die Europawahlstudie 1994 - eine Repräsentationsstudie

Die *Europawahlstudie 1994* (EES'94), zu deren Realisierung der vorliegende Antrag beitragen will, wird deshalb Fragen der politischen Repräsentation in der Europäischen Gemeinschaft und der Legitimität europäischen Regierungshandelns in den Mittelpunkt ihres Forschungsprogramms stellen. Dazu ist es erforderlich, die beiden elektoralen Verbindungsstränge zwischen der Bürgerschaft und den politischen Entscheidungsträgern der Gemeinschaft -- nationale Wahlen und Europawahlen -- im Blick zu halten. Dazu müssen die Wähler nach ihren Einstellungen und Wahrnehmungen befragt werden; deshalb soll eine *Wählerstudie* durchgeführt werden. Es müssen Problemwahrnehmungen und Lösungsperspektiven der Parlamentarier erfaßt werden -- sowohl jener des Europäischen Parlaments als auch jener in nationalen Parlamenten; deshalb soll eine *Parlamentarierstudie* durchgeführt werden.

2.1.1.1. Der Gegenstand dieses Antrages, und wie die anderen Teile von EES'94 realisiert werden sollen

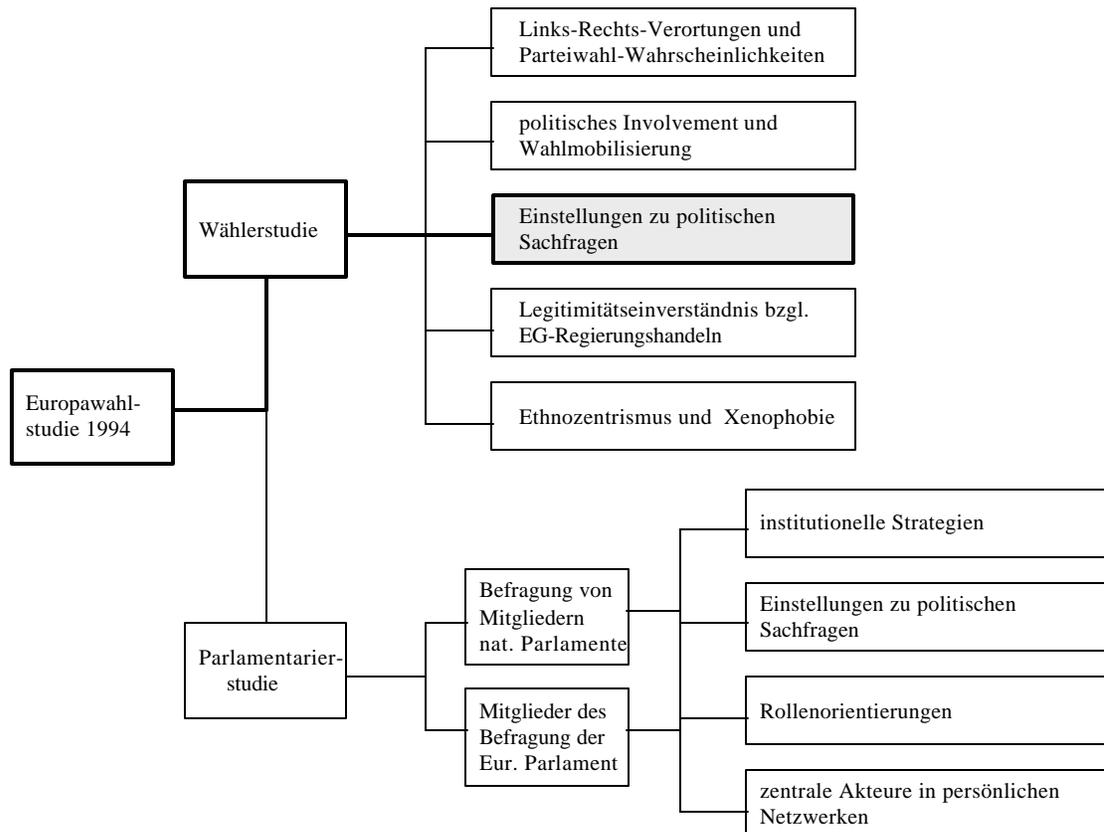
Es ist das Ziel dieses Forschungsförderungsantrages, die Aufnahme einer Anzahl von Fragen zur Erfassung von Einstellungen zu politischen Sachfragen in die Wählerstudie der Europawahlstudie 1994 zu ermöglichen. Diese Wählerstudie wird nach den Beschlüssen einer Reihe von Vorbereitungskonferenzen der internationalen Forschungsgruppe Europawahl 1994 eine repräsentative Bevölkerungsumfrage in allen Ländern der Gemeinschaft sein, die unmittelbar nach der Europawahl im Juni/Juli 1994 durchgeführt wird. Diese Umfrage soll als zentrale Einschaltung in einen außerordentlichen Eurobarometer-Umfragebus realisiert werden, der unmittelbar nach der Wahl ins Feld gehen soll. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat dementsprechende Pläne mitgeteilt (vgl. Anlage 1).

Neben den Issue-Fragen, die Gegenstand dieses Antrages sind, soll die Wählerstudie Fragepakete enthalten zu:

- (a) politischer Sozialisation, Information und (Wahlkampf-) Kommunikation -- Mark Franklin (Houston und Strathclyde) hat dem ESRC (UK) einen entsprechenden Forschungsförderungsantrag unterbreitet;
- (b) Links-Rechts Einstufung der nationalen Parteien und des Befragten selbst sowie Wahlwahrscheinlichkeiten für die relevanten Parteien -- Cees van der Eijk (Amsterdam) hat dem NSWO (NL) einen entsprechenden Forschungsförderungsantrag unterbreitet;
- (c) Legitimität europäischen und nationalen Regierungshandelns -- Pilar del Castillo (Madrid) und Renato Mannheimer (Mailand) werden ihren nationalen Wissenschaftsstiftungen entsprechende Forschungsförderungsanträge unterbreiten;
- (d) Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit -- Roland Cayrol und Colette Ysmal (Paris) werden dem CNRS (F) einen entsprechenden Forschungsförderungsantrag unterbreiten.

Schaubild

Schematische Darstellung der Komponenten der Europawahlstudie 1994



Die **Parlamentarierstudie** soll neben Fragen (a) zur Befragten-Strategie für die Überwindung des demokratischen Defizits der Gemeinschaft solche (b) zu den Issue-Positionen der Parlamentarier sowie deren Wahrnehmung der Issue-Präferenzen ihrer verschiedenen möglichen Konstituenten, (c) zu ihrer Rollenorientierungen und (d) zu den zentralen Akteuren in ihren persönlichen Netzwerken enthalten. Jacques Thomassen (Twente) und Richard S. Katz (Baltimore) bereiten die Studie vor. Sie soll im Herbst 1995 ins Feld gehen soll; Forschungsförderungsmittel sollen von der VW-Stiftung und der National Science Foundation der Vereinigten Staaten eingeworben werden.

Das hier beantragte Modul stellt einen in sich geschlossenen Untersuchungsteil dar. Seine Realisierung verspricht auch im ungünstigsten Fall -- d.h. wenn keine anderen Teile der Wählerstudie und auch die Parlamentarierstudie nicht realisiert werden könnten -- wissenschaftlichen Ertrag. So könnten die im

folgenden unter den Stichworten 'Issues und Wahlverhalten' und 'Issues und die Stabilität von *electoral alignments*' angesprochenen Analyseperspektiven auch dann verfolgt werden, wenn neben dem hier beantragten Fragenpaket keine weiteren Teile des Gesamtprojektes gefördert würden.

2.1.2. Die Erfassung von Einstellungen zu politischen Sachfragen in der Wählerstudie einer Repräsentationsstudie zur Europawahl 1994

Die Einstellungen der Wählerschaft zu politischen Sachfragen werden herangezogen, um individuelles Wahlverhalten erklären zu helfen. Sie bieten zentrale Anhaltspunkte zur Beurteilung des demokratischen Repräsentationsprozesses. Und sie erlauben es, Aussagen über die Festigkeit der *electoral alignments*, der Wahlkoalitionen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien, und damit zur Stabilität von Parteiensystemen zu treffen. Wir werden uns dem Stand der Forschung in diesen unterschiedlichen Feldern der Nutzenanwendungen von Issue-Präferenzen nacheinander zu.

2.1.2.1. Issues und Wahlverhalten

Die Einstellungen der Wähler zu politischen Sachfragen (Issues) und ihre Wahrnehmung der Parteien in diesem Zusammenhang spielen in der empirischen Wahlforschung traditionell eine wichtige Rolle. Dies gilt zunächst unabhängig davon, ob man dem sozialpsychologischen Modell des Wahlverhaltens (grundlegend Campbell et al. 1960) oder dem Rationalwahl-Modell (grundlegend Downs 1957) folgt.¹ Die beiden Traditionen der Wahlforschung unterscheiden sich allerdings danach, wie der Zusammenhang zwischen Issue-Einschätzungen und Wahlverhalten gefaßt wird; auch haben sich innerhalb der 'Schulen' verschiedene Akzentsetzungen ergeben.

Die an *Rational Choice*-Theoremen orientierte Wahlforschung ist von Anfang an mit der Vorstellung eines räumlichen Modells der Parteienkonkurrenz und der Wahlentscheidung verbunden: Aus der Verfolgung des eigenen Nutzens resultierende Policy-Präferenzen der Wähler sind entlang eines Issue-Kontinuums (links-rechts, liberal-conservative) verteilt; am Wahlerfolg orientierte Parteien suchen sich die aus Wettbewerbsgesichtspunkten optimale Position auf diesem Kontinuum; und der Wähler fällt

¹ Die europäische Sichtweise von in sozialstrukturell basierten *cleavages* mehr oder weniger festgefrorenen Parteiensystemen (Lipset & Rokkan 1967) und somit eines sozialstrukturell determinierten Wahlverhaltens wird oft als eigenständiges Modell des Wahlverhaltens gehandelt. In diesem historisch-makrosoziologischen Ansatz werden allerdings keine Annahmen über die Modi individueller Wahlentscheidung getroffen.

seine Wahlentscheidung nach dem Kriterium der geringsten Distanz zwischen eigener Policy-Präferenz und den zur Auswahl stehenden Issue-Positionen der konkurrierenden Parteien, wobei Distanz als Nutzenverlust interpretiert wird.

Dieses ob seiner Klarheit bestechende Modell politischen Verhaltens hat Kritik erfahren insbesondere aufgrund der Realitätsferne seiner Annahmen -- etwa jener der Eindimensionalität des *Issue Space*, der Sichtweise von Parteien als singulären Akteuren oder der Vernachlässigung von Informationskosten beim Wähler (vgl. z.B. Stokes 1960; Robertson 1976; Sartori 1976). Revisionen haben sich dementsprechend darauf konzentriert, den Ansatz so zu modifizieren, daß er mit realistischeren Annahmen auskommt. Enelow und Hinich (1984) vereinfachen das Downs'sche Modell u.a. dahingehend, daß vom Wähler nur noch die Kenntnis der (als fix angenommenen) ideologischen Standorte der konkurrierenden Parteien sowie das Wissen um ideologisch prädefinierte Lösungstendenzen für bestimmte Sachfragen erwartet wird. Die Kenntnis der je spezifischen Issue-Positionen der Parteien wird nicht mehr vorausgesetzt, der Wähler, so wird angenommen, kann sich auf dieser schmäleren Informationsgrundlage die Issue-Positionen der Parteien erschließen² und dann diejenige auswählen, die seinen Policy-Präferenzen am nächsten steht.

Für Rabinowitz und Macdonald (1989) gehen selbst diese reduzierten Annahmen noch zu empfindlich an der Realität vorbei. Sie bezweifeln, daß die Wähler in der Regel konkrete Policy-Präferenzen entwickeln; zumeist wüßten diese allenfalls, nach welcher Seite, in welche Richtung eines Issuekonflikts sie tendieren -- wenn sie sich einer Stellungnahme nicht gänzlich enthielten. In ihrer *Directional Theory of Issue Voting* verstehen sie unter einem Issue die Wahl zwischen zwei Alternativen, bei der der Wähler sich für die eine oder andere Seite entscheidet oder neutral bleibt. Für einzelne Issue-Kontinua interpretieren sie -- für Wähler und Parteien gleichermaßen -- das Ausmaß der Abweichungen vom neutralen Skalenmittelwert als Gradmesser der Intensität der Zustimmung bzw. Propagierung einer der beiden Policy-Alternativen. Nicht die Minimierung der Distanz zwischen der eigenen und einer Partei-Position ist hier die Entscheidungsregel für den Wähler, sondern die Maximierung des Produktes von eigener und Parteiabweichung vom neutralen Skalenmittelpunkt. Die Vertreter dieses Ansatzes versuchen nachzuweisen, daß dieses Modell von *Issue Voting* erklärungskräftiger ist als das

² Diese Möglichkeit findet sich freilich schon bei Downs angelegt, wenn auch als Notbehelf. Nimmt man den Gesichtspunkt der Überforderung der Wähler/Befragten weniger ernst, kann man das Vorgehen natürlich auch umdrehen und aufgrund von Wählerwahrnehmungen der Issue-Positionen der Parteien faktorenanalytisch die ideologische Struktur der Parteienkonkurrenz bestimmen. Franz U. Pappi (1991, 1992) ist in seinen Analysen der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl so vorgegangen.

ursprüngliche, und zwar sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für das europäische Vielparteiensystem Norwegens (Macdonald, Listhaug & Rabinowitz 1991).

Die in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfaßten Issue-Positionen von Wählern und Parteien bilden das zentrale Handwerkszeug, das dem an *Rational Choice*-Modellen orientierten Wahlanalysen zur Verfügung steht; diese und daraus abgeleitete Maße sind zumeist die einzigen Variablen, die er zur Erklärung individuellen Wahlverhaltens heranzieht.³ Dies ist in der *sozialpsychologischen Tradition* der Wahlforschung anders. Issues nehmen hier typischerweise eine weniger zentrale Position ein: Neben möglichen Kandidateneffekten wirken sie als kurzfristige Einflüsse auf das Wahlverhalten ein und moderieren den langfristiger und stabiler angelegten Einfluß der Parteiidentifikation; Kandidaten- und Issue-Bewertungen erfolgen in dieser Sichtweise nicht unabhängig, sie sind vielmehr gefiltert durch die Parteiloyalitäten der Wähler.

Auch dieses Modell ist nicht von Kritik verschont geblieben. In der europäischen Diskussion der sechziger und siebziger Jahre sind insbesondere die Übertragbarkeit und der Stellenwert des Konzepts der Parteibindungen in Frage gestellt worden (vgl. die in Budge, Crewe & Farlie 1976 versammelten Beiträge). Haupteinwände waren, (a) daß sich europäische Maße der Parteibindung nicht so stabil zeigten wie es das Konzept und das amerikanische Vorbild gebot; und (b) daß Parteibindungen auf dem Hintergrund der durch tiefgreifende soziale Spaltungen geprägten Gesellschaften Westeuropas keine eigenständige Größe ausmachten, vielmehr die Einbindung der Wähler in festgefügte sozio-politische Milieus reflektiere (*social partisanship*) und mithin eine abgeleitete Größe seien, die der gesonderten Berücksichtigung nicht lohnten. Seit einiger Zeit findet eine Neubewertung dieser Einwände statt.⁴

³ Es ist dabei in einem operationalen Sinne unerheblich, ob er der *Proximity Theory* in der Nachfolge von Downs oder der *Directional Theory* à la Rabinowitz anhängt; die entsprechende Debatte hat Konsequenzen für die Interpretation erhobener Daten, nicht so sehr für die Ausgestaltung des Erhebungsinstrumentes.

⁴ Unter dem Eindruck der sich abschwächenden Prägekraft sozialstruktureller Determinanten des Wahlverhaltens in vielen westeuropäischen Ländern (vgl. zuletzt Franklin, Mackie & Valen 1992:ch.19) wird man beispielsweise den Einwand der *social partisanship* in den 1990er Jahren weniger ernst nehmen als drei Jahrzehnte zuvor (vgl. für den bundesrepublikanischen Fall so schon Baker, Dalton & Hildebrandt 1981:230; Schmitt 1992:250). In diesem Zusammenhang gerieten auch die Trends in den aggregierten Parteibindungen -- als Indikatoren für partielle Enkoppelungsprozesse bzw. neue Koalitionsbildungen zwischen Sozialstruktur und Parteiensystem -- verstärkt ins Blickfeld (vgl. Dalton, Flanagan & Beck 1984; Reiter 1989; Schmitt 1989a; Schmitt und Holmberg 1994)). Hier zeigt sich, daß der vielbeschriebene Niedergang der Parteibindungen alles andere als ein umfassendes oder gleichförmiges Phänomen ist; und daß es auf dem Hintergrund moderaten sozialstrukturellen Wandels vor allem politische Faktoren sind, die die Entwicklung der Parteibindungen determinieren. Hinsichtlich der mangelnden Stabilität der Parteibindungen haben jüngere Studien auch in den Vereinigten Staaten erwiesen, daß Parteibindungen so stabil nicht sind, wie man dies lange angenommen hat (vgl. z.B. die

Was genuine Issue-Effekte auf das Wahlverhalten angeht, kamen die Autoren des *American Voter* zu eher skeptischen Einsichten. Sie fanden bei einer großen Mehrheit der Wähler -- zwischen 2/3 und 4/5, je nach Issue -- die Voraussetzungen nicht erfüllt, die nach ihrem Verständnis *Issue Voting* erst ermöglichen könnten: Daß die Wähler nämlich um die Streitfrage wissen, daß sie eine Meinung dazu haben und daß sie eine der konkurrierenden Parteipositionen als für sich vorteilhafter wahrnehmen (Campbell et al. 1960:170 ff.).⁵ Entsprechend bescheiden fiel der "Issue-Beitrag" für die Erklärung von Wahlverhalten aus.

Dieser Sichtweise wurde entgegengehalten, daß die Wähler -- bei aller Begrenztheit ihres Politikinteresses und ihres politikbezogenen Informationsstandes -- in der Regel keine Idioten seien. V. O. Key skizzierte auf dem Hintergrund einer Sekundäranalyse von Umfragedaten zu den US-Präsidentenwahlen der Jahre 1936, 1948, 1952 und 1960 den Gegenentwurf eines Wählers, der sehr wohl eigene Policy-Präferenzen hat, der die Regierung nach ihren Leistungen zu bewerten weiß und der sein Wahlverhalten an beidem -- Präferenz und Bewertung -- ausrichtet (1966:58f). Es ist dabei zu berücksichtigen, daß Key nicht Wahlverhalten generell, sondern Wechselwahlverhalten analysiert und folglich nur eine Minderheit der Wähler, zudem eine ausgesprochen atypische, in den Blick faßt. "Understanding their changes is noble work. There is no other subset of voters as important. But this accounting alone is different from that of accounting for voting in general, and obviously so", stellt Converse (1990:378) richtig.

jüngste Debatte zwischen MacKuen, Erikson & Stimson [1989 und 1992] und Abramson & Ostrom 1991). Die Beobachtung von auch kurzfristigen Schwankungen in den Parteineigungen, die nicht unabhängig von Frageformulierungen sind und offensichtlich auch auf "politische" Stimuli reagieren, hat zu einer konzeptuellen Neuorientierung geführt. Danach sind Parteibindungen zwar nach wie vor besonders dauerhafte politischen Einstellungen; Wählereinstellungen zu Issues und Kandidaten können (=dürfen) nun aber Parteibindungen ebenso beeinflussen wie umgekehrt (vgl. die Überblicksdarstellungen bei Niemi & Weisberg 1993, Kap. 16; Asher 1983). Parteibindungen werden zu endogenen Variablen in Erklärungsmodellen des Wahlverhaltens (z.B. Fiorina 1981; Markus & Converse 1979), und die Effekte zwischen Parteibindungen und Kandidaten- und Issueeinstellungen werden nicht mehr notwendig rekursiv definiert (z.B. Page & Jones 1979).

⁵ Converse (1964, 1970) insbesondere hat auf der Grundlage von Panel-Umfragen auf die mangelnde Konsistenz von Issue-Orientierungen hingewiesen; dies ist für ihn ein Hinweis auf die begrenzte ideologische Kompetenz des durchschnittlichen amerikanischen Wählers, dessen Meinungen zu vielen Fragen er in der Abwesenheit von festgefühten Einstellungen als "Nonattitudes" kennzeichnet. Er faßt diesen Sachverhalt so zusammen: "... large portions of an electorate do not have meaningful beliefs, even on issues that have formed the basis for intense controversy among elites for substantial periods of time" (1964:245). Am Wissensstand und der *sophistication* des amerikanischen Wählers hat sich seither wenig geändert (Smith 1989); europäische Studien zeichnen ein ähnliches Bild (z.B. Schüttemeyer 1986).

Page und Shapiro (1992) zeigen dann in ihrer die Bevölkerungsumfragen eines halben Jahrhunderts umfassenden Studie, daß die kollektive Meinung der Amerikaner zu politischen Streitfragen Sinn macht; daß die aggregierten Antworten feine Unterschiede in der Bewertung verschiedener Politikvorschläge erkennen lassen und daß die Antworten Muster bilden, die auf zugrundeliegende Werte schließen lassen (S.384). Das scheinbare Paradox zwischen "individueller Ignoranz und kollektiver Weisheit" erklären sie damit, daß individuelle Policy-Präferenzen zurückgehen (a) auf grundlegende und dauerhafte Bedürfnisse und Werte; (b) auf mehr oder weniger unsichere Meinungen darüber, wie eine bestimmte Politik mit diesen Bedürfnissen und Werten übereinstimmt; und (c) auf Informationsfragmente, die im Großen und Ganzen -- nicht notwendigerweise konsistent -- diese Meinungen stützen. Neue Informationen z.B. können die Policy-Präferenzen der Bürger in einer scheinbar zufälligen Weise so verändern, daß Panelumfragen fluktuierende Antworten zeitigen, wie sie als typisch für *nonattitudes* angesehen werden. Schwankungen in individuellen Präferenzen können aber auch durch konfligierende Werte und Bedürfnisse ausgelöst werden, oder sie können auf Meßproblemen beruhen, von denen es in der Bevölkerungsumfrage ja genug gibt (S. 15 f; ähnlich auch Inglehart 1990:Kap. 3). Unabhängig von den Ursachen individueller Instabilität sollten sich die jeweils zufälligen Abweichungen aktualisierter Policy-Präferenzen von den zugrundeliegenden, langfristig stabilen Einstellungen in großen Stichproben austarieren. "As a result, the measurement of collective public opinion is largely free of random error associated with individual attitudes" (S. 16).⁶

Die Einsichten dieser neuerlichen Debatte um *nonattitudes* (vgl. auch Zaller & Feldman 1992) können in gewisser Weise als Bestätigung der frühen Arbeiten von Donald Stokes (Stokes 1966; Butler & Stokes 1972; vgl. auch Klingemann 1973) gelesen werden. Stokes (1966) hatte zunächst die Unterscheidung zwischen *position issues* und *valence issues* vorgeschlagen. *Position issues* sind demnach solche, bei denen der Wähler entsprechend der Downs'schen Annahmen die Positionen der konkurrierenden Parteien wie auch seine eigenen Präferenzen auf einem Policy-Kontinuum bestimmen und aus dem Vergleich dieser Größen wahlverhaltensrelevante Schlußfolgerungen ziehen kann. Issue-Effekte auf das Wahlverhalten nach dem *position issue*-Mechanismus sollten nach Stokes aber nicht überschätzt werden, da dieser die erwähnten hohen Anforderungen an den Informationsstand des Wählers stellt, eine schon im amerikanischen Zweiparteien-System nicht notwendig gegebene bipolare Policy-Alternativen-Anordnung voraussetzt u.a.m.. Das bedeute aber nicht, daß der Einfluß von Issues auf das Wahlverhalten gänzlich zu vernachlässigen sei. Neben *position issues* gibt es nach Stokes eine

⁶ Vgl. auch Converse (1990:382f), der in diesem Zusammenhang von *the hidden power of aggregation* oder von *the miracle of aggregation* spricht.

weitere Klasse von Issues, die weit geringere Anforderungen an das Wählerkalkül richten. Er nennt *valence issues* solche, "that merely involve the linking of the parties with some condition that is positively or negatively valued by the electorate. ... It will not do to simply exclude valence-issues from the discussion of party competition. The people's choice too often depends upon them." (S. 170-1)

In seiner zusammen mit David Butler verfassten Studie über britisches Wahlverhalten (Butler & Stokes 1972) wird dann die wahrgenommene Wichtigkeit einer politischen Streitfrage als die zentrale Voraussetzung für einen möglichen Einfluß von Issueerwägungen auf das Wahlverhalten der Bürger bezeichnet. "If an issue is to sway the elector it must not only have crossed the threshold of his awareness; he must also have formed some genuine attitude towards it. The more an issue is salient to him and the subject of strong attitudes, the more powerful will be its influence on his party choice. Indeed, given the multiplicity of influences upon the individual elector, only issues that excite strong feeling are likely to have much impact." (S. 288)⁷ Aus einer Aggregatperspektive werden noch zwei weitere Voraussetzungen dafür genannt, daß ein Issue den Wahlausgang beeinflussen kann: eine hinreichend schiefe Verteilung der Wählerpräferenzen und deutlich unterschiedliche Positions- oder Kompetenzzuschreibungen für die zur Auswahl stehenden Parteien; die individuell wahrgenommene Wichtigkeit von politischen Sachfragen bleibt jedoch auch in dieser Sichtweise zentral.

2.1.2.2. Issue-Kongruenz von Repräsentanten und Repräsentierten

Sollen Repräsentanten ihren Entscheidungen den *politischen Willen* (das wäre der Repräsentationsstil des *instructed delegate*) oder ihr Verständnis der *Interessen* ihrer Konstituenten zugrundelegen (und damit dem Repräsentationsstil des *trustee* folgen)? Wer sind überhaupt diese Konstituenten -- der Wähler im Wahlkreis, das Gesamtektorat oder die Wähler einer bestimmten Partei oder Parteiföderation? Auf diese Fragen gibt es unterschiedliche Antworten, die sich nach der normativen Grundperspektive und dem institutionellen Arrangement demokratischer Willensbildungsprozesse, welches dem jeweiligen Erfahrungshintergrund zugrundeliegt, unterscheiden. Wie auch immer diese klassischen Fragen der Repräsentationsforschung beurteilt werden, der empirische Zugang versucht jedenfalls den 'politischen Willen' der Wählerschaft zu erfassen, um ihn mit jenem der Repräsentanten bzw. mit deren politischem (Abstimmungs-) Verhalten zu vergleichen (vgl. z.B. Eulau et al. 1958; Miller & Stokes 1963; sowie die kritische Durchsicht europäischer Studien von Thomassen 1991).

⁷ Hans Rattinger (1993) hat dies neuerdings am Beispiel von Einstellungen zum §218 auch für die Bundesrepublik bestätigt.

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten ist es aber in vielen europäischen Systemen schwierig, relevante Verhaltensdaten auf der Repräsentantenseite zu ermitteln. So nimmt oft die Überprüfung der Policy-Kongruenz zwischen Vertretern und Vertretenen einen Stellvertreter-Platz ein für die eigentlich angestrebte Bestimmung des Ausmaßes der Übereinstimmung zwischen dem politischen Willen der Vertretenen und dem politischen Handeln der Vertreter. Einschlägige Studien haben unterschiedliche Ergebnisse gezeigt. Converse und Pierce kommen für Frankreich zu einer recht vorsichtigen Beurteilung der Policy-Kongruenz zwischen Wählern und Kandidaten/Gewählten (1986:Kap.19). Auch für Schweden berichtet Holmberg (1989) eher magere Übereinstimmungswerte. Er führt dies auf die Doppelrolle politischer Parteien in europäischen Parteiendemokratien zurück, die einmal bei der Willensbildung des Volkes mitwirken und diesen Willen andererseits im politischen Entscheidungsprozeß repräsentieren. Je nachdem, wo eine Partei den Schwerpunkt ihrer Aufgabenbeschreibung sieht, wird der Grad der Policy-Kongruenz größer oder geringer ausfallen. Holmberg liefert Anhaltspunkte dafür, daß ideologisch polare Parteien -- solche, die sich eher bei den ideologischen Polen als im Zentrum ansiedeln und für die ob ihrer ideologisch prononcierten Position angenommen wird, daß sie mehr willensbildend als willensabbildend tätig sind -- die geringsten Übereinstimmungswerte aufweisen (1989:17). Auf der Grundlage eines Vergleiches von vierzig Parteelektorat-Kandidaten-Dyaden kommt Dalton (1985:288 ff.) allerdings zu entgegengesetzten Ergebnissen; auch ist seine Einschätzung der Repräsentativität westeuropäischer Parteien weit optimistischer, als dies nationale Studien erkennen lassen.⁸

Man kommt nicht umhin, den Erkenntnisstand als uneinheitlich und in zentralen Teilen auch als widersprüchlich zu kennzeichnen. Es ist denn auch unbestritten, daß die vergleichende Repräsentationsforschung erst am Anfang steht. Zu unterschiedlich sind die Designs nationaler Repräsentationsstudien, als daß Vergleiche zwischen ihnen einfach ins Werk zu setzen wären. Von Anfang an international-vergleichend angelegte Repräsentationsstudien sind Mangelware. Umso mehr kann die

⁸ Es handelt sich hier um eine Analyse von Daten, die im Rahmen der Europawahlstudie 1979 erhoben worden sind und die neben einer international-vergleichenden auch eine genuin EG-europäische Analyseperspektive erlauben. Bardi (1989) hat diese Datensätze sowie die Daten der Wildenmann'schen MEP-Studie im Hinblick auf die Repräsentativität des Europäischen Parlaments ausgewertet.

Realisierung des hier vorgeschlagenen Forschungsvorhabens zum Wissen über den Zustand und die Bedingungen demokratischer Repräsentation in Westeuropa beitragen.⁹

2.1.2.3. Issues und die Stabilität von *electoral alignments*

Issues wurden und werden aber nicht nur zur Erklärung der individuellen Wahlentscheidung herangezogen; sie dienen nicht nur der Beurteilung des demokratischen Repräsentationsprozesses; sie taugen auch zur Beurteilung der Stabilität von *electoral alignments*. Solche Wahlkoalitionen (Stinchcombe 1975) zwischen sozialen Gruppen und politischen Parteien sind im Kontext der europäischen Massenpolitik noch immer geprägt von den politischen Institutionalisierungen gesellschaftlicher Spannungslinien, wie sie sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert -- zum Zeitpunkt der Einführung des allgemeinen (zunächst: Männer-) Wahlrechtes -- ergeben haben (Rokkan 1970). Damals sind unsere zeitgenössischen Parteiensysteme in ihren Grundstrukturen entstanden. Ein dreiviertel Jahrhundert später erschienen Lipset und Rokkan (1967) diese Parteiensysteme seltsam erstarrt, wie "eingefroren" -- Ausnahmen bestätigten auch damals die Regel.

Verschiedene Ursachen haben seither diese überragende Stabilität der westeuropäischen Parteiensysteme ins Wanken gebracht. Ob nur wegen akuten Repräsentationsversagens des politischen Systems angesichts neuer Policy-Präferenzen (Schmitt 1987a, 1987b) oder aufgrund des Aufbrechens einer neuen politischen Spannungslinie (Inglehart 1984), die achtziger Jahre haben den meisten westeuropäischen Parteiensystemen eine weitere -- grüne oder ökologische -- Partei beschert und damit nicht selten die Struktur der Parteienkonkurrenz gravierend verändert. Aber es sind nicht nur die Issues der Neuen Politik, deren gouvernementale Vernachlässigung -- bei gegebener subkultureller Fundierung -- zu einer Veränderung der traditionellen Wahlkoalitionen und in der Folge zu einer Neustrukturierung der Parteiensysteme geführt hat. Ähnliches hat sich mit den über den Steuerprotest und, etwas breiter gefaßt, über die Kritik am Wohlfahrtsstaat entstandenen Fortschrittsparteien in den nordeuropäischen Demokratien ereignet. Vergleichbares scheint sich auch, mit einer gewissen Zeitverzögerung, am rechten Rand einiger kontinentaleuropäischer Demokratien nachzuvollziehen -- Beispiele sind Deutschland, aber auch Frankreich, Belgien, Italien, um nur die offensichtlichsten zu nennen. In diesen Prozessen der Neubegründung bzw. Wiederbelebung extrem rechter bzw. rechts-populistischer Parteien

⁹ Dabei ist es zunächst unerheblich, daß -- wie weiter unten ausgeführt wird -- die Erfassung individueller Policy-Präferenzen problembelastet ist. In Repräsentationsstudien geht es auf der Wählerseite immer um Aggregate, in europäischen Studien um Aggregate von Parteiwählern.

spielen die Issues "Ausländer" und "Überfremdung" und allgemeine *law-and-order*-Anliegen eine zentrale Rolle.

Sich auflösende Wahlkoalitionen haben sicher auch andere, nicht Issue-bezogene Ursachen. Regelmäßig liegen solche Ursachen aber zumindest auch in der durch den Wahlbürger wahrgenommenen Unfähigkeit des Systems der Interessenvermittlung, sich drängenden neuen Issues mit Aussicht auf Erfolg (d.h. mit Aussicht auf die gewünschten Policy-Konsequenzen) anzunehmen (vgl. Nie, Verba und Pertocik 1979, insb. Kap. 19; Beck 1984).

Ursachen allein genügen jedoch in der Regel nicht, es braucht auch geeignete Gelegenheiten. Wie das bundesrepublikanische Beispiel belegt, sind diese Gelegenheiten bei Nebenwahlen und hier insbesondere bei Europawahlen besonders günstig. Die erste Direktwahl des Jahres 1979 hat den Anlaß zum Zusammenschluß verschiedener grün-alternativer Listen und zur Gründung der "Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen" geliefert. Obwohl diese Formation damals den Einzug ins Europäische Parlament verfehlte, wurde ihr durch die staatliche Wahlkampfkostenerstattung die organisatorische Konsolidierung ermöglicht. Zehn Jahre später, bei der Europawahl des Jahres 1989, verzeichneten die Republikaner ihren ersten bundesweiten Erfolg. Zwar ist dieser extrem rechten Partei darauf der Einzug in den ersten gesamtdeutschen Bundestag nicht gelungen; die seitherigen Landtagsergebnisse der Republikaner insbesondere im Süden der Republik und die Besonderheiten der 1990er Bundestagswahl legen jedoch nahe, daß dieser Mißerfolg noch nicht das Ende der bundespolitischen Rolle dieser Partei markiert (Schmitt 1993a).

2.2. Eigene Vorarbeiten

2.2.1. Frühere "Mannheimer" Europawahlstudien

2.2.1.1. Die Europawahlstudie 1979

In der Europawahlstudie 1979, die von K. Reif angeregt und vorangetrieben wurde, standen vor allem Fragen der **europapolitischen Mobilisierung** der EG-Wahlbürger im Vordergrund. Ein theoretischer Rahmen zur Analyse von Europawahlverhalten sowie erste Ergebnisse der Studie wurden 1980 in einem Sonderheft des *European Journal of Political Research* veröffentlicht. Diese erste Europawahlstudie umfaßte ein Wahlkampfprojekt (vgl. Reif 1985), eine Umfrage unter den Kandidaten zum Europäischen Parlament (z.B. Inglehart et al. 1980) sowie eine Umfrage unter Mittleren Parteieliten der drei

transnationalen Parteiföderationen (z.B. Niedermayer 1983) und von ca. sechzig nationalen westeuropäischen Parteien, die auch die vier deutschen Bundestagsparteien einschloß (z.B. Schmitt 1987). Im Zusammenhang dieser Europawahlstudie konnte eine begrenzte Einschaltung in den Eurobarometer 11 vom Frühjahr 1979 realisiert werden, die sowohl Anlaß zu eigenständigen Analysen (Schmitt 1983) gab als auch, im Zusammenhang mit den Eliteumfragen, die europäisch-vergleichende Erörterung von Repräsentationsfragen ermöglichte (vgl. z.B. Schmitt 1984; Dalton 1985); zu einer Wählerumfrage im engeren Sinne -- d.h. zu einer Nachwahlumfrage -- ist es damals nicht gekommen.

Weitgehend unabhängig davon untersuchte eine zweite internationale Forschergruppe um J. Blumler (Leeds) die Massenkommunikationsprozesse im Anlauf auf diese erste Direktwahl (vgl. Blumer & Fox 1982; Blumler 1983).

2.2.1.2. Die Europawahlstudie 1989

Anläßlich der zweiten Direktwahl im Jahre 1984 war es nicht zu entsprechenden Forschungsanstrengungen gekommen. Die nächste empirisch angelegte Europawahlstudie wurde 1989 in Angriff genommen. Diese Studie bestand neben einem 'Kommunikationsmodul' (d.i. die Replikation von Kernelementen des 1979er Blumler-Fragebogens) im wesentlichen aus einer Drei-Wellen-Wählerstudie, die in Kooperation mit den Eurobarometer-Umfragen der Kommission der EG durchgeführt wurde und neben Mobilisierungsaspekten die Frage nach der Europäisierung des Europawahl-Prozesses in den Mittelpunkt stellte (vgl. für eine knappe Darstellung von Anlage und ersten Ergebnissen van der Eijk & Schmitt 1991).

Ungeachtet der etwas unkonventionellen Art ihrer Finanzierung hat die 1989er Europawahlstudie ein recht umfangreiches Frageprogramm realisieren können (Anlage 2). Dies hat schon bisher zu einer Vielzahl von Publikationen geführt, u.a. zur erneuten Herausgabe eines Sonderheftes des *European Journal of Political Research* (vgl. Schmitt & Mannheimer 1991a). Einige weitere Studien sind in Arbeit bzw. stehen kurz vor dem Abschluß (vgl. Anlage 3). Die Datensätze dieser Studie wurden in Zusammenarbeit mit dem Steinmetz-Archiv in Amsterdam aufbereitet und können dort für sekundär-analytische Zwecke angefordert werden.

In Anbetracht der noch ausstehenden Detailanalysen ist es verfrüht, heute abschließend die zentralen Ergebnisse dieser Studie benennen zu wollen. Mit Blick auf die erste Europawahlstudie des Jahres 1979 ist jedoch festzuhalten, daß nicht alle forschungsleitenden Hypothesen der empirischen Überprüfung

qua Individualdatenanalyse standgehalten haben, die dort erarbeitet und als Theorie der Nebenwahlen veröffentlicht worden sind (Reif & Schmitt 1980; Reif 1984, 1985). Die Annahme vermehrt strategischen Wählens z.B., die zur Erklärung von charakteristischen Abweichungen zwischen Haupt- und Nebenwahlergebnissen herangezogenen wurden (große und Regierungsparteien schneiden schlechter ab als kleine und Oppositionsparteien), konnten durch die Bevölkerungsumfrage-Daten der Europawahlstudie 1989 nicht gestützt werden (Schmitt 1991, 1993a).

Darüber hinaus haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der 1979 mit der Durchführung der ersten Direktwahl erreichte Grad der europäischen Mobilisierung und der Politisierung der EG-Orientierungen nicht aufrechterhalten werden konnte. EG-bezogene Issues rangierten 1989 nach der Wichtigkeitswahrnehmung der Bürger unter "ferner liefern" (Küchler 1991). Die Beteiligung an der Europawahl des Jahres 1989 ließ sich noch am ehesten als habitualisiertes Verhalten deuten -- viele scheinen nur deshalb wählen gegangen zu sein, weil sie das am Wahltag immer tun (Schmitt & Mannheim 1991b). Zehn Jahre früher, anlässlich der ersten Direktwahl, war dies noch anders. Damals spielte die Zustimmung zur Politik und Entwicklungsperspektive der Europäischen Gemeinschaft noch eine weit deutlichere Rolle (Blumler & Fox 1983; Schmitt 1993a).

2.2.2. Instrumente zur Erfassung der Issue-Präferenzen der Wähler in früheren Europawahlstudien

2.2.2.1. Die Issue-Liste der Europawahlstudie 1979

In der Europawahlstudie 1979 wurde eine Batterie von Issue-Fragen erarbeitet, die in allen mit der Umfragetechnik operierenden Teilprojekten -- also in der Kandidatenstudie, in den Befragungen der Delegierten zu transnationalen Kongressen, in den Befragungen der nationalen Parteitagsdelegierten, und in der Bevölkerungsstudie des Eurobarometer 11 vom Frühjahr 1979 -- zumindest was die Issue-Formulierungen angeht: identisch -- zum Einsatz kam. Der Wortlaut der Fragebatterie in der englischen Version ist in Kasten 1 auf der nächsten Seite wiedergegeben.

Formal betrachtet handelt es sich dabei um Positions-Issues, deren Antwortvorgaben nach der "alten" Weise uni-direktional den Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung eines mehr oder weniger kontroversen Policy-Statements abfragten (eine Erörterung der Art der Erfassung von Issue-Orientierungen in den US-Wahlstudien findet sich bei Rabinowitz & Macdonald 1989:95). Nur in den Elite-Studien wurde zusätzlich für jedes Issue die präferierte Problemlösungsebene sowie eine Rangordnung der drei wichtigsten Issues erfragt. Nicht ermittelt wurden die wahrgenommenen Positionen der konkurrierenden

Parteien für diese Positions-Issues. Auch nicht ermittelt wurden Wählereinstellungen zu Valenz-Issues, also insbesondere deren Salienz und die wahrgenommene Parteienkompetenz. Aus heutiger Sicht fällt auf, daß Issues mit einem Bezug zur Politik der Europäischen Gemeinschaft in dieser Issue-Liste nicht vorkommen.

Kasten 1						
Issue-Liste des Eurobarometer 11 für die Europawahlstudie 1979						
	agree		disagree		d.k.	
	strongly	agree	disagree	strongly		
Stronger public control should be exercised over the activities of multinational corporations		1	2	3	4	0
Nuclear energy should be developed to meet future energy needs	1	2	3	4		0
Greater efforts should be made to reduce inequality of income		1	2	3	4	0
More severe penalties should be introduced for acts of terrorism	1	2	3	4		0
Government should play a greater role in the management of the economy	1	2	3	4		0
Western Europe should make a stronger effort to provide adequate military defense		1	2	3	4	0
Women should be free to decide for themselves in matters concerning abortion	1	2	3	4		0
Employees should be given equal representation with shareholders in the governing boards of large companies	1	2	3	4		0
Economic aid to third world countries should be increased	1	2	3	4		0
Stronger measures should be taken to protect the environment against pollution	1	2	3	4		0
Stronger measures should be taken to protect the right of individuals to express their own political views	1	2	3	4		0
Economic aid to the less developed regions of the European Community should be increased	1	2	3	4		0

2.2.2.2. Die Issue-Liste der Europawahlstudie 1989

Bei der Konstruktion der Issue-Liste für die Europawahlstudie 1989 wurde ein anderer Zugang zum komplexen Problem der Erfassung von Issue-Präferenzen gewählt. Es wurde eine Liste von Issues erarbeitet, die globale Probleme, Probleme der Europäischen Gemeinschaft und -- für die beteiligten Nationen unterschiedliche, nach der aktuellen Salienz ausgewählte -- national-spezifische Probleme beinhaltet. Dabei handelt es sich im wesentlichen, wenn auch nicht durchgängig, um Valenz-Issues (vgl. Kasten 2). Zunächst wurde für jedes dieser Issues ermittelt, ob es als "sehr wichtig" oder als "nicht sehr wichtig" eingeschätzt wird (saliency rating). Dann wurde die individuelle Rangordnung der drei wichtigsten unter den genannten Issues ermittelt (saliency ranking). Schließlich wurde für diese drei wichtigsten Probleme die am besten zur Lösung geeigneten Parteien erfragt (party competence).

Kasten 2			
Issue-Liste der Europawahlstudie 1989			
"I should like to hear your views on some political issues and problems. Could you please tell me for each issue or problem whether you consider it to be very important or not very important?"			
	very important	not very important/dk/na	
National issue number 1	1	0	
Unemployment	1	0	
Stable prices	1	0	
National issue number 2	1	0	
Political unification of the European Community	1	0	
Arms limitation	1	0	
National issue number 3	1	0	
Environmental protection	1	0	
National issue number 4	1	0	
European Community expansion towards Turkey	1	0	
Realization of the Single European Market by 1992		1	0
Which issue or problem do you consider the most important? [INT: SHOW CARD] _____			
And which party do you think would be best at handling [INT: SHOW CARD] _____?			
And which issue or problem do you consider the second most important? _____			
And which party do you think would be best at handling _____?			
And which issue or problem do you consider the third most important? _____			
And which party do you think would be best at handling _____?			

Dieses Design konnte aufgrund finanzieller Restriktionen vollständig nur in der zweiten von drei Umfragewellen -- das war in der Vorwahlstudie vom Frühjahr 1989 -- realisiert werden. In der ersten Welle -- Herbst 1988 -- wurde nur das *saliency rating*, in der dritten -- nach der Wahl -- nur *saliency rating* und *saliency ranking* ermittelt (Nutzanwendungen dieses Instrumentariums finden sich bei Küchler 1991 und Schmitt 1993b).

Die Ermittlung von Issue-Orientierungen nach der Positions-Logik wurden in dieser Liste nicht unternommen. Ein Versuch in diese positionale Richtung wurde mit der Bestimmung der Partei-Positionen auf einer globalen Pro-Contra-EG-Dimension in der ersten Welle der Europawahlstudie 1989 unternommen (vgl. van der Eijk & Franklin 1991). Auf die Ermittlung der vom Wähler präferierten Problemlösungsebene wurde gänzlich verzichtet.

2.2.3. Vorbereitungen für die Europawahlstudie 1994

Die Vorbereitung der Europawahlstudie wurde auf einer Reihe von Arbeitstreffen der internationalen Projektgruppe vorangetrieben. Erste Absichtserklärungen und Design-Erörterungen für eine Europawahlstudie 1994 wurden im September 1990 am Rande des APSA-Kongresses in San Francisco geäußert. Ein Treffen der Projektgruppe am Rande der ECPR Joint Sessions of Workshops in Colchester im Frühjahr 1991 hat eine Vorentscheidung über den thematischen Schwerpunkt der Studie ergeben. 1992 kam die Gruppe bei drei Gelegenheiten zusammen: Anlässlich einer vom *Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung* ausgerichteten Konferenz im Februar, auf der diese thematische Fokussierung präzisiert wurde und die erneute Durchführung einer Wählerstudie sowie die Organisation einer Parlamentarierstudie und einer Interessengruppenstudie vereinbart wurde. Erste Formulierungen des Forschungsprogramms der Europawahlstudie 1994 wurden in Limerick am Rande der ECPR Joint Sessions of Workshops diskutiert. Die Erörterung eines Fragenkataloges und einer realisierbaren "Stückelung" des gesamten Forschungsvorhabens in eine Reihe von individuell finanzierbaren (*stand alone*) Modulen bestimmte das Herbsttreffen der Gruppe in Paris, welches auf Einladung des CEVIPOF zustandekam. Eine erste ins Detail gehende Fragebogendiskussion fand während des Treffens der Gruppe im Frühjahr 1993 in Bellagio statt, das von der *Feltrinelli*-Stiftung unterstützt wurde. Diese Diskussion soll während eines weiteren Treffens der Gruppe im Herbst 1993 wiederaufgenommen und zu Ende geführt werden, zu dem auch die Kollegen aus der Parlamentarierstudie hinzustoßen werden.

3. Ziele und Arbeitsprogramm

Auf die Motivation, das Erkenntnisinteresse und die Ziele des Gesamtprojektes der Europawahlstudie 1994 sind wir eingangs eingegangen; dies braucht hier nicht wiederholt zu werden. Wir können direkt auf die konkreten Ziele und das Arbeitsprogramm des hier beantragten Moduls der Europawahlstudie 1994 -- der Erfassung von Issue-Orientierungen bei den Wählern -- eingehen.

3.1. Ziele der hier beantragten Teilstudie

3.1.1. Das Ziel der Erklärung individuellen Wahlverhaltens, und die spezifischen Erfordernisse einer Untersuchung von *Issue Voting* bei der Europawahl 1994

Wie jede Wahlstudie wird sich auch die Europawahlstudie 1994 -- unbeschadet darüberhinausgehender inhaltlicher Akzentuierungen -- zunächst der Erklärung individuellen Wahlverhaltens zuwenden. Es ist deshalb ein Ziel des hier beantragten Forschungsvorhabens, den Beitrag von Issue-Präferenzen zur Erklärung des Wahlverhaltens der Bürger der Europäischen Gemeinschaft bei der Europawahl 1994 zu bestimmen.

Das Europäische Parlament ist immer noch mehr 'beratende Versammlung' als Legislative im herkömmlichen Sinne. Es wählt und stützt keine Exekutive, was auf die Beziehungen zwischen den Fraktionen einen durchaus mäßigenden Einfluß ausübt. Eine im wesentlichen konkordante Politikformulierung und -verfolgung zwischen den Fraktionen, die im Gegensatz zur stärker durch Parteienkonkurrenz geprägten Situation in vielen nationalen Parlamenten steht, wird aber auch durch die Philosophie des Hauses erfordert, wonach Kompetenzzuwächse für das Europäische Parlament am ehesten durch einmütige Voten insbesondere gegenüber dem Rat zu erreichen seien. Ohne das Fundament von zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments erprobten Issue-Konflikten, und zumeist auch ohne die Stützen nennenswerter europapolitischer Gegensätze in der nationalen Parteienkonkurrenz, blieben die auf Issues der Politik der Europäischen Gemeinschaft bezogenen Wahlkampfaussagen der Parteien bisher entsprechend vage und weich, und zwar sowohl anlässlich von Europäischen als auch von nationalen Wahlen.

Die Meinungen der Bürger zu den Sachfragen der Europapolitik stellen sich allerdings nicht mehr so einmütig dar, wie das bisher zumeist bei den Positionen der Parteien zu beobachten war. Vielmehr sind im Anlauf auf die Politische und Währungsunion gravierende Meinungsverschiedenheiten zu beobachten. Da diese aber durch die nationalen Parteiensysteme bisher zumeist nur unzulänglich kanalisiert und zum Ausdruck gebracht werden, sind sie innerhalb von Parteiwählerschaften virulenter als zwischen ihnen (Schmitt & Treiber 1992; Franklin, Marsh & McLaren 1993) und tragen mithin kaum zur Erklärung von Wahlverhalten bei. Dies alles spricht zunächst nicht unbedingt dafür, Europawahlverhalten über Issue-Effekte erklären zu wollen.

Es scheint auf diesem Hintergrund jedoch nützlich, an zweierlei zu erinnern. Zunächst müssen eventuelle Issue-Effekte auf das Europawahlverhalten nicht unbedingt auf Fragen der EG-Politik zurück-

gehen. Schon die frühe Charakterisierung von Europawahlen als nationale Nebenwahlen (Reif & Schmitt 1980) ist davon ausgegangen, daß nationale Issue-Erwägungen (und hier besonders Beurteilungen der Leistungsbilanz der nationalen Regierungspartei(en)) einen außerordentlichen Einfluß auf das Europawahlverhalten nehmen. Da nationale *policies* in Europawahlen nicht zur Abstimmung stehen, dürften solche Erwägungen sich jedoch kaum an der relativen Übereinstimmung zwischen Wählern und Parteien hinsichtlich konkreter *policies* orientieren.

Wie wir oben mit Stokes ausgeführt haben, können Issue-Effekte aber auch in für die Wahlbewerber unterschiedlichen Kompetenzzuschreibungen bezüglich der Erreichung bestimmter Ziele oder der Realisierung bestimmter Werte ihre Ursache haben. Diese Klasse von Issue-Effekten hat keine Policy-Konflikte zwischen den konkurrierenden Parteien in der Politikarena zur Voraussetzung, deren Parlament zu bestimmen ist. Sie lebt vielmehr von generellen Performanz-Eindrücken und der Berücksichtigung von übergreifenden, arena-unspezifischen politisch-ideologischen Unterschieden zwischen den Parteien eines Systems, die auf deren unterschiedliche soziale Basis und deshalb auf unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe und Politikschwerpunkte zurückgehen.

DAS ISSUE-FRAGEPROGRAMM DER EUROPAWAHLSTUDIE WIRD DESHALB OHNE DIE ERFASSUNG DER WÄHLEREINSTELLUNGEN ZU VALENZ-ISSUES -- D.H. IM WESENTLICHEN DER WAHRGENOMMENEN WICHTIGKEIT SOLCHER ISSUES UND DER DEN WAHLBEWERBERN ZUGESCHRIEBENEN PROBLEMLÖSUNGSKOMPETENZ -- NICHT AUSKOMMEN KÖNNEN.

Zweitens aber steht zu erwarten, daß im Zuge der zunehmenden Reichweite von EG-Politik die Bedeutung "genuin" EG-europäischer Issues -- das sind Issues, die sich aus der Politikformulierungskompetenz der EG ergeben oder in diese hineinreichen -- für das Europawahlverhalten zunehmen wird. Die Bedeutung solcher Issues war schon bisher groß z.B. in Dänemark. Dort hat die Frage, ob man die Politik der Gemeinschaft mittragen könne oder nicht, zu einer eigentümlichen Verdoppelung des Parteiensystems geführt (in ein "Europa-Parteiensystem", in dem die *Volksbewegung gegen die EG*, die über eine beträchtliche Attraktivität ins links-grüne Lager hinein verfügt, eine große Rolle spielt, und in ein "nationales Parteiensystem", welches ohne diese Bewegung auskommt; vgl. Worre 1989). Auch in der Bundesrepublik hat sich anlässlich der 1989er Europawahl das Wahlverhalten-bestimmende Potential solcher Issues erwiesen. Damals konnten die Republikaner nach einem entschiedenen EG-kritischen Wahlkampf ihren ersten bundesweiten Erfolg verzeichnen, und die Zustimmung bzw. Ablehnung der Politik der Gemeinschaft war -- neben anderen -- ein signifikanter Prädiktor republikanischen Wahlverhaltens (vgl. Hoffmann & Feist 1993; Schmitt 1989b; Schmitt 1993a).

Die Europawahlstudie 1994 soll den Stellenwert von "genuin-europäischem" *issue voting* in der ersten Europawahl nach Maastricht sorgfältig erfassen. DAZU SOLL AN WENIGEN BREIT DISKUTIERTEN BEISPIELEN (Z.B. AUS DEM BEREICH DER WÄHRUNGS- ODER DER ZUWANDERUNGSPOLITIK) DIE RELATIVE ÜBEREINSTIMMUNG ZWISCHEN DER POSITION DER WÄHLER UND DEREN WAHRNEHMUNG DER POSITION DER ZUR WAHL STEHENDEN PARTEIEN ERMITTELT WERDEN.

3.1.2. Das Ziel der Bestimmung der *Issue Congruence* zwischen Wählern und Gewählten, und die drei Dimensionen dieser Kongruenz-Ermittlung

Der direkt gewählte Abgeordnete des Europäischen Parlaments hat die Wahl zwischen zu mindest vier Bezugsgrößen: Er kann sich in seinem politischen Handeln verantwortlich fühlen gegenüber (1) den Wählern seines Wahlkreises; (2) den Wählern seiner nationalen Partei; (3) seinen Landsleuten (den Deutschen, Franzosen etc.); und (4) den Wählern seiner 'europäischen Partei' (den Wählern der Parteien seiner EP-Fraktion). Diesbezügliche subjektive Wahrnehmungen der Abgeordneten zu ermitteln wird Sache der Parlamentarierstudie sein.

Den Grad der tatsächlichen politischen Übereinstimmung, gemessen an der Issue-Kongruenz dieser verschiedenen Dyaden, kann die Parlamentarierstudie allein nicht ermitteln. Dies kann nur ein Vergleich zwischen den Einstellungen und Wahrnehmungen der Wähler und jenen der Gewählten ergeben.¹⁰ Zu diesem Zweck sollen die Issuefragen in der Wählerstudie und in der Parlamentarierstudie soweit als möglich identisch sein. Die Bestimmung von Issue-Kongruenzen zwischen Wählern und Gewählten kann sich in der Europawahlstudie 1994 allerdings nicht in der Ermittlung der relativen Übereinstimmung von Policy-Präferenzen zwischen Wählern und Gewählten erschöpfen. Eine wichtige Rolle wird auch die Bestimmung des Grades der Übereinstimmung in der Wichtigkeitswahrnehmung von Valenz-Issues spielen. Die Prioritäts-Rangordnung von Valenz-Issues durch die Wähler spiegelt Interessen und Bedürfnisse wider und es wird zu untersuchen sein, inwieweit diese Interessen und Bedürfnisse durch die gewählten Vertreter repräsentiert werden.

¹⁰ Mit Ausnahme der Wahlkreis-Abgeordneten-Dyade; die zu generierende Datenbasis wird entsprechende Vergleichsanalysen nicht oder nur in wenigen Ausnahmefällen zulassen. Diese Einschränkung ist jedoch weitgehend bedeutungslos, da diese Dyade in den meisten EG-Mitgliedsländern u.a. aufgrund des hier praktizierten Verhältniswahlrechts kaum zu sinnvollen Ergebnissen führen könnte (vgl. hierzu erneut Dalton 1985 und Thomassen 1991).

In einer Phase der Europäischen Einigung, in der mit der Vollendung des Binnenmarktes und noch mehr mit der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, wie sie im Vertragsentwurf von Maastricht vereinbart wurde, politisches Handeln der Europäischen Gemeinschaft für viele persönlich erfahrbar wird, muß schließlich eine dritte Dimension der Issue-Kongruenz-Ermittlung nach der am besten zur jeweiligen Problemlösung/Politikgestaltung geeigneten Ebene unserer ineinander verschränkten regionalen, nationalen und des EG-europäischen politischen Systems fragen. Hier soll deutlich werden, inwieweit Wähler und Gewählte in ihren Zukunftsentwürfen hinsichtlich der Reichweite EG-europäischer Politikgestaltung übereinstimmen.

DAZU WIRD ES NOTWENDIG, DAß FÜR DIE DREI INDIVIDUELL AM WICHTIGSTEN ERACHTETEN VALENZ-ISSUES JEWEILS DIE AM BESTEN ZUR PROBLEMLÖSUNG GEEIGNETE SYSTEMEBENE – EG, NATION, ODER REGION -- ERMITTELT WIRD.

3.1.3. Die Untersuchung der Stabilität der *electoral alignments* anlässlich der Europawahl 1994

Einheitliche Europäische Akte, die Vollendung des Binnenmarktes und Maastricht haben den Charakter der Europäischen Einigung verändert: Aus einem Positiv-Summen-Spiel ist in der Wahrnehmung einer wachsenden Anzahl von Gemeinschaftsbürgern ein Null-Summen-Spiel geworden (Tsoukalis 1991). Daß die Politik der Europäischen Gemeinschaft vermehrt in den bisher national gesteuerten und über nationale Legitimationsmechanismen abgesicherten Prozeß der Umverteilung von Wohlstand (und anderen erstrebenswerten Gütern) eingreift, führt zu Dissens und Kritik, was durch die nationalen Strukturen der politischen Willensbildung und Interessenvermittlung bisher nur unzureichend kanalisiert und zum Ausdruck gebracht wird.

Die Europawahl 1994 wird dem Wahlbürger eine -- was die möglichen politischen Kosten betrifft: billige -- Gelegenheit bieten, Dissens und Kritik gegenüber der Politik der Europäischen Gemeinschaft (und auch Protest gegenüber der EG-Politik der nationalen Regierung) innerhalb und insbesondere außerhalb der etablierten Parteiensysteme zu artikulieren. Dies kann die nationalen Parteiensysteme nachhaltig verändern.

Es ist deshalb das dritte Ziel dieser Teilstudie, den Issue-Anteil an solchen möglichen Entwicklungen zu ermitteln. Dazu wird die vergleichende Analyse von eigenen und wahrgenommenen Partei-Positionen in Fragen der Reichweite der EG-Politik einerseits und den Einschätzungen der Parteien-Kompetenz zur Behandlung von Valenz-Issues andererseits relevante Einsichten vermitteln können. In dem Maße, in

dem Positions-Erwägungen in Fragen der EG-Politik und Parteienkompetenz-Erwägungen zu unterschiedlichen "Wahlempfehlungen" führen, und die Wahlverhaltensrelevanz der Positions-Issues jene der Valenz-Issues übersteigt, wird man von Ansätzen eines *realignments* nationaler Parteiensysteme über Fragen der EG-Politik ausgehen können.

Es soll auch überprüft werden, ob aus der Verknüpfung von individueller Wahlgeschichte und der Kompetenzeinschätzung der politischen Parteien Anhaltspunkte dafür zu gewinnen sind, daß eine verbreitete Wahrnehmung der Inkompetenz *aller* politischen Parteien zur Lösung der zentralen politischen Probleme zu Wahlenthaltung oder Protestwahl und damit zu *dealignment*-Phänomenen führt (Hinweise hierzu aus der 1989er Studie finden sich bei Küchler 1991). Da solche Tendenzen bestenfalls am Rande durch die Politik der Gemeinschaft verursacht sind, gilt es, sie konzeptuell und empirisch von den vorgenannten zu unterscheiden.

DIE EUROPAWAHLSTUDIE 1994 WIRD MIT DEM SCHON BISHER VORGESCHLAGENEN ISSUE-INSTRUMENTARIUM IN DIE LAGE VERSETZT, DEN ISSUE-BEITRAG ZU MÖGLICHEN *REALIGNMENT*- UND *DEALIGNMENT*-PROZESSEN ZU ERFASSEN.

3.1.4. Strategie zur Erfassung von Issue-Orientierungen in der Europawahlstudie 1994

Die Europawahlstudie 1994 erfordert eine mehrschichtige Erfassung von Einstellungen der Gemeinschaftsbürger gegenüber politischen Streitfragen. Gründe für diese Komplexität liegen (a) in der Anlage der Studie als Repräsentationsstudie und (b) im spezifischen Charakter dieser Wahlen. Die bis her erarbeitete Strategie zur Erfassung von Issue-Orientierungen in der Europawahlstudie 1994 ist in Kasten 3 (auf der nächsten Seite) zusammengefaßt.

Kasten 3

Die Struktur des Issue-Frageprogramms der Europawahlstudie 1994

1. Abteilung

Wert- oder Zielorientierte Issues (Valence Issues) *

1. Schritt

Saliency ermitteln (Rangordnung der 3 wichtigsten Issues aus einer 12er Liste) (3 QU)

2. Schritt

Party Competence für saliente Valenz-Issues ermitteln (3 QU)

3. Schritt

Wahrgenommene Problemlösungsebene ermitteln (3 QU)

4. Schritt

Präferierte Problemlösungsebene ermitteln (3 QU)

Kosten: 12 QU à 7,400 ECU = 88,800 ECU

2. Abteilung

Issues, die auf spezifische EG Policies Bezug nehmen (Positions-Issues) **

1. Schritt

R's Position für drei Positions-Issues ermitteln (3 QU)

2. Schritt

Position nationaler Parteien für diese Issues ermitteln (im Schnitt 7 pro Nation; $3 \times (7+1) / 2 = 12$ QU)

Kosten: 15 QU à 7,400 ECU = 111,000 ECU

* z.B. Arbeitslosigkeit, Preisstabilität, Umweltschutz, etc.

** z.B. gemeinsame Währung, freie Zuwanderung

3.2. Arbeitsprogramm der hier beantragten Teilstudie

Das Arbeitsprogramm der hier beantragten Teilstudie besteht aus Schritten zur konkreten Ausgestaltung der bisher erarbeiteten Strategie zur Erfassung von Issue-Orientierungen in der Europawahlstudie 1994, und aus Schritten zur Analyse und Präsentation der Ergebnisse.

3.2.1. Erarbeitung der Issue-Fragen

Angesichts der Auswahl und Formulierung der Issues sind verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Dazu zählt:

a. *Die Nutzbarmachung von Informationen aus der einen Abteilung des Issue-Fragebogens für die Analyse der anderen.* Konkret geht es hier darum, die Information über die wahrgenommene Wichtigkeit eines Valenz-Issues und die dafür präferierte Problemlösungsebene bei der Analyse entsprechender Positions-Issues zu berücksichtigen. Deshalb sollen die drei zu formulierenden Positions-Issues Entsprechungen im Bereich der Valenz-Issues haben; beispielsweise würde man die Position zum Positions-Issue "Europäische Zentralbank" zusammen mit der Bewertung des Valenz-Issues "Preis stabilität" analysieren.

b. *Die möglichst vollständige Berücksichtigung der zentralen politischen Streitfragen.* Hier liegt das zentrale Problem jeder Erfassung von Issue-Positionen mittels einer prädefinierten, begrenzten Issue-Liste. Dieses Problem verschärft sich in einer Europawahlstudie, da die salienten Issues länderspezifisch variieren. In der 1989er Studie wurde deshalb ein Drittel der Issue-Statements nach Konsultation mit Länderspezialisten national-spezifisch besetzt. Dies soll im Prinzip auch bei der 1994er Studie so gehalten werden.

c. *Die Gewährleistung von Vergleichsmöglichkeiten über die Zeit.* Hier ist mit Blick auf die erste Abteilung des Issue-Fragebogens (Valenz-Issues) insbesondere an die Europawahlstudie 1989 gedacht. Dies ist deshalb nicht ganz unproblematisch, weil die 1989er Liste nicht identisch übernommen werden kann und insbesondere für die EG-bezogenen Problem-Formulierungen (die ja keine Valenz-Issues im eigentlichen Sinne darstellen) funktionale Äquivalente gefunden werden müssen .

d. *Die Anwendbarkeit der Instrumente in den verschiedenen "Öffentlichkeiten" der EG-Mitglieds-länder.* Erste Fragebogen-Erörterungen der internationalen Forschungsgruppe Europawahlen im Frühjahr 1993 in Bellagio haben ergeben, daß die Unterschiedlichkeit der zumeist national-spezifischen öffentlichen politischen Auseinandersetzung die Formulierung von *position issue*-Statements außerordentlich erschwert. Dies gilt jedenfalls für solche Issue-Frageformulierungen, die ein bi-polares Policy-Kontinuum aufspannen. Eine Lösung des Problems könnte darin bestehen, national-spezifische Policy-Oppositionen zu formulieren in der Absicht, wenn schon nicht identische, so doch funktional äquivalente Instrumente zu finden. Eine andere Lösung des Problems bestünde darin, das bipolare

Format der Issue-Formulierung für die Europawahlstudie aufzugeben und auf das ältere Format der Ermittlung von relativer Zustimmung/Ablehnung *eines* Policy-Vorschlages zurückzugreifen. Bevor eine dieser beiden Schlußfolgerung gezogen wird, soll jedoch mit den Mitgliedern der Kerngruppe der Wählerstudie und den assoziierten Länderspezialisten (vgl. Abschnitt 5.2. weiter unten) für jedes Land abgeglichen werden, ob nicht doch drei bipolare *position issue*-Formulierungen gefunden werden können, die in allen Ländern Anwendung finden können.

e. *Die Anwendbarkeit der Instrumente auf den verschiedenen "Ebenen" des Gesamtprojektes.* Dieses Ziel hat Design-Implikationen, die wir im oben vorgeschlagenen Frageprogramm berücksichtigt haben. Zwar sollte man Parteienkompetenz-Einschätzungen sinnvollerweise von Parteieliten, und um solche handelt es sich bei den Mitgliedern nationaler und des Europäischen Parlaments, nicht erfragen; ansonsten kann u.E. das für die Bevölkerungsebene entwickelte Frageprogramm auch in den Elite-Interviews Anwendung finden. Dieses Ziel hat aber auch Implikationen, die sich aus der zeitlichen Sequenz der verschiedenen Teilstudien ergeben. Die Parlamentarierstudie plant, etwa ein Jahr nach der Wählerumfrage ins Feld zu gehen. Einige der zum Zeitpunkt der Wählerstudie salienten Issues werden ein Jahr später nicht mehr unbedingt im Zentrum der öffentlichen politischen Auseinandersetzung stehen. Wir befinden uns deshalb hier tendenziell im Konflikt mit dem zweitgenannten Ziel, ein Konflikt der wegen der notwendigen Vergleichbarkeit der Issue-Listen zwischen den verschiedenen Studien im Zweifel zu Lasten der zweiten Zielformulierung aufzulösen sein wird.

Auf der Grundlage von bilateralen Konsultationen mit den beteiligten Kollegen in den anderen Mitgliedsländern der Gemeinschaft soll bis zur Herbstkonferenz ein ausformulierter Issue-Fragebogen entworfen werden, der dann auf der gemeinsamen Konferenz der Wählerstudie und der Parlamentarierstudie voraussichtlich im Dezember am EHI in Florenz diskutiert und verabschiedet werden wird.

3.2.2. Analyse und Präsentation der Ergebnisse

Die Umfrageergebnisse werden voraussichtlich im Spätsommer 1994 vorliegen. Die Antragsteller beabsichtigen, dann unmittelbar mit jenen Analysen zu beginnen, die den Vergleich mit den Ergebnissen der Parlamentarierstudie nicht erfordern (also die Analysen zu 3.1.1. und 3.1.3 oben). Erste Ergebnisse sollen auf den Tagungen der Profession im Frühjahr 1995 präsentiert werden. Es ist sowohl geplant, zu den gemeinsamen Publikationen der Europawahlstudie beizutragen -- darunter u.a. erneut ein Sonderheft des *European Journal of Political Research* --, als auch Teilanalysen in deutschen und

internationalen Zeitschriften zu veröffentlichen. Nachdem die Parlamentarierdaten zur Verfügung stehen werden, sollen die Ergebnisse der Studie in einer Monografie zusammengefaßt werden.

4. Beantragte Mittel

4.1. Personalbedarf

Die Koordination der Europawahlstudie besorgt Dr. Hermann Schmitt. Herr Schmitt ist zu diesem Zweck zunächst bis April 1996 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung angestellt. Für die Koordination der Studie werden deshalb keine Personalmittel beantragt.

Die Wählerstudie der Europawahlstudie 1994 wird zwölf Länder und 15 Parteiensysteme umfassen (Nord-Irland separat und Belgien dreifach gezählt). Um die aufwendige Überprüfung der Datenintegrität und die Erstauswertungen der Umfragedaten von Wähler- und Parlamentarierstudie zu beschleunigen, soll in Mannheim ein(e) halbe(r) Mitarbeiter(in) nach BAT2a über 18 Monate eingestellt werden. Gewonnen werden soll ein(e) noch nicht bekannte(r) Postgraduierte(r), die/der auf dieser halben Stelle Gelegenheit zur wissenschaftlichen Weiterqualifizierung in den Bereichen der Wahlforschung und der Methoden der international-vergleichenden empirischen Sozialforschung erhält.

4.2. Wissenschaftliche Geräte -- entfällt.

4.3. Verbrauchsmaterial -- wird nicht beantragt; entsprechendes Material wird vom MZES gestellt.

4.4. Reisen -- Reisekosten werden nicht beantragt; in der Vergangenheit hat die internationale Forschungsgruppe in der Regel am Rande von ECPR Joint Sessions of Workshops oder bei äquivalenten Gelegenheiten getagt oder es ist ihr gelungen, ihre Zusammenkünfte zentral zu finanzieren. In den Fällen, in denen beides nicht zum Tragen kommt, wird das MZES wie bisher die Reisekosten der Mannheimer Teilnehmer übernehmen.

4.5. Sonstige Kosten: Aufträge an Dritte

Das oben skizzierte Frageprogramm soll als Bestandteil eines außerordentlichen Nachwahl-Eurobarometers im Jahre 1994 realisiert werden. Es umfaßt nach den Zählregeln des Eurobarometer-Feldinstitutes (INRA EUROPE, Brüssel) 27 Frageeinheiten. Eine Frageeinheit wird nach Auskunft der Kommission der EG bei höchstmöglichem Mengenrabatt und einschließlich Inflationsausgleich für das kommende Jahr ECU 7,400 ECU kosten. Dies ergibt einen Gesamtbetrag für Feldkosten von 199,800 ECU.

5. Voraussetzungen für die Durchführung des Vorhabens

5.1. Zusammensetzung der Mannheimer Arbeitsgruppe

Herbert Döring, Max Kaase, Franz Pappi, Hermann Schmitt, Rüdiger Schmitt-Beck, Peter Schrott

5.2. Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern

Das hier beantragte Forschungsvorhaben ist einen Teil der *Wählerstudie* im Rahmen der *Europawahlstudie 1994*. Folgende Kollegen gehören dem engeren Kreis der *Wählerstudie* an, in dem konsensual die diese Studie betreffenden Grundsatzentscheidungen gefällt werden:

Pilar del Castillio, UNED Madrid
Roland Cayrol, CEVIPOF Paris
Cees van der Eijk, Universität Amsterdam
Mark Franklin, Universitäten Houston (Texas) und Strathclyde
Renato Mannheimer, Universität Genua
Michael Marsh, Trinity College Dublin
Hermann Schmitt, MZES Mannheim (Koordination)
Colette Ysmal, CEVIPOF Paris

Ebenfalls beteiligt, wenn auch etwas weniger eng eingebunden, ist eine Reihe von Länderspezialisten. Sie beraten die Kerngruppe in ihr Land betreffenden Fragen beraten und sind in ländervergleichenden Analysen für die Abfassung der entsprechenden Kapitel verantwortlich sind. Zu diesem Kreis gehören:

Mario Bacalhao, Lissabon

Panayote Dimitras, Athen
Mario Hirsch, Luxemburg
Erik Oppenhuis, Amsterdam
Lieven de Winter, Brüssel
Torben Worre, Kobenhagen

Diese Forschungsgruppe (Kerngruppe und Länderspezialisten) hat zuvor in weitgehend identischer Zusammensetzung die Wählerstudie der Europawahlstudie 1989 durchgeführt.

Die *Europawahlstudie 1994* wird neben der *Wählerstudie* eine *Parlamentarierstudie* umfassen. Folgende Kollegen gehören dem engeren Kern dieser Studie an:

Richard Katz, Johns Hopkins University Baltimore
Pippa Noris, Harvard University
Jacques Thomassen, Universität Twente
Bernhard Wessels, WZB Berlin

Auch hier ist an eine Kompletierung der länderspezifischen Kompetenz durch die Hinzuziehung von Länderspezialisten gedacht.

Es wurde ein Koordinationskomitee gebildet, welches die Abstimmung zwischen den Projekten gewährleisten soll. Dieses Komitee hat 1993 bisher zweimal getagt. Mitglieder sind:

Cees van der Eijk, Universität Amsterdam
Mark Franklin, Universität Houston, Texas
Richard S. Katz, Universität Baltimore
Hermann Schmitt, MZES Mannheim (convenor)
Jacques Thomassen, Universität Twente

5.3. Apparative Ausstattung

Der hier beantragte Projektteil wird am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung durchgeführt werden. Es stehen leistungsfähige Personal Computer und deren Peripherie sowie Unix-Rechner und der Siemens- Großrechner des Hochschulrechenzentrums zur Verfügung; alle diese Rechner sind in lokale und internationale Netze eingebunden.

5.4. Laufende Mittel für Sachausgaben -- werden nicht beantragt; solche werden vom MZES getragen.

6. Erklärungen

Ein Antrag auf Finanzierung dieses Vorhabens wurde bei keiner anderen Stelle eingereicht. Wenn wir einen solchen Antrag stellen, werden wir die Deutsche Forschungsgemeinschaft unverzüglich benachrichtigen. Der Vertrauensdozent, Herr Prof. Dr. Wiese, wurde von der Antragstellung unterrichtet.

7. Unterschriften

Hermann Schmitt

Franz Urban Pappi

8. Verzeichnis der Anlagen

- 8.0. Verzeichnis der zitierten Literatur
- 8.1. *Letter of Intent* der Kommission der EG, eine außerordentliche Eurobarometer-Umfrage unmittelbar nach der Europawahl 1994 durchzuführen
- 8.2. Frageprogramm und Sponsoren der Europawahlstudie 1989
- 8.3. Veröffentlichungen der Europawahlstudie 1989
- 8.4. Tabellarische Lebensläufe der Antragsteller

8.0. Zitierte Literatur

- Abramson, Paul R. und Charles W. Ostrom, Jr. 1991. "Marcropartisanship: An Empirical Reassessment." *American Political Science Review* 85:181-92.
- Asher, Herbert A. 1983. "Voting Behavior Research in the 1980s: An Examination of some Old and New Problem Areas." In *Political Science: The State of the Discipline*, hrsgg. von Ada W. Finifter. Washington, D.C.: American Political Science Association.
- Baker, Kendall L., Russell J. Dalton und Kai Hildebrandt. 1981. *Germany Transformed*. Political Culture and the New Politics. Cambridge, Mas.: Havard University Press.
- Bardi, Luciano. 1989. *Il Parlamento Della Comunità Europea*. Bologna: Il Mulino.
- Beck, Paul A. 1984. "The Dealignment Era in America". In *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*. Realignment or Dealignment, eds. Russel J. Dalton, Scott C. Flanagan and Paul. A. Beck. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Blumler, Jay G. (ed.). 1983. *Communicating to Voters*. Television in the First European Parliamentary Elections. Sage: London und Beverly Hills.
- Blumler, Jay G. und Anthony D. Fox. 1982. *The European Voter*. Popular Responses to the first Community Election. London: Policy Studies Institute.
- Budge, Ian, Ivor Crewe und Dennis Farlie, Hrsg. 1976. *Party Identification and Beyond*. London: Wiley.
- Butler, David und Donald Stokes. 1972. *Political Change in Britain*. 2. revidierte Auflage. London: Macmillan [erste Auflage 1969].
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.
- Converse, Philip E.. 1990. "Popular Representation and the Distribution of Information." In *Information and Democratic Processes*, hrsgg. von John A. Ferejohn und James H. Kuklinski. Urbana und Chicago: University of Illinois Press.
- Converse, Philip E.. 1970. "Attitudes and Non-Attitudes: Continuation of a Dialogue." In *The Quantitative Analysis of Social Problems*, hrsgg. von Edward A. Tufte. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- Converse, Philip E.. 1964. "The Nature of Belief Systems in Mass Publics." In *Ideology and Discontent*, hrsgg. von David E. Apter. New York: Free Press.
- Converse, Philip und Roy Pierce. 1986. *Political Representation in France*. Cambridge, Mass.: The Belknap Press of Havard University Press.
- Dalton, Russel J. 1985. "Political Parties and Political Representation. Party Supporters and Party Elites in Nine Nations." *Comparative Political Studies* 18:267-99.

- Dalton, Russel J., Scott C. Flanagan and Paul Allan Beck, Hrsg. 1984. *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*. Realignment or Dealignment. Princeton: Princeton University Press.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.
- Eijk, Cees van der und Hermann Schmitt. 1991. "The Role of the Eurobarometer in the Study of European Elections and the Development of Comparative Electoral Research." In *Eurobarometer - The Dynamics of European Public Opinion*, hrsgg. von Karlheinz Reif und Ronald Inglehart. Houndsmills and London: Macmillan.
- Enelow, James M. und Melvin J. Hinich. 1984. *The Spatial Theory of Voting*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Eulau, Heinz, John Wahlke et al. 1959. "The Role of the Representative: Some empirical Observations on the Theory of Edmund Burke." *American Political Science Review* 53:742-56.
- Fiorina, Morris P. 1981. *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven: Yale University Press.
- Fuchs, Dieter und Hans-Dieter Klingemann. 1989. "The Left-Right Schema." In *Continuities in Political Action*, hrsgg. von M. Kent Jennings, Jan W. van Deth et al. Berlin: deGruyter.
- Franklin, Mark, Michael Marsh und Lauren McLaren. 1993. "The European Question: Opposition to European Unification in the Wake of Maastricht." Paper presented at the Annual Meeting of the Midwest Political Science Association in Chicago.
- Franklin, Mark, Tom Mackie und Henry Valen, Hrsg. 1992. *Electoral change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Grabitz, Eberhart u.a. 1988. *Direktwahl und Demokratisierung -- eine Funktionsbilanz des Europäischen Parlaments nach der ersten Wahlperiode*. Bonn: Europa-Union Verlag.
- Harrop, Martin und William L. Miller. 1987. *Elections and Voters*. A Comparative Introduction. Houndsmills: Macmillan Education.
- Feist, Ursula und Hans-Jürgen Hoffmann. 1991. "Die Europawahl 1989: Motor für ein Fünf-Parteiensystem?" In *Wahlen und Europäische Einigung*, hrsgg. von Oskar Niedermayer und Hermann Schmitt. Opladen: Westdeutscher Verlag (im Druck).
- Holmberg, Sören. 1991. "Political Representation in Sweden." *Scandinavian Political Studies*, 12:1-36.
- Inglehart, Ronald. 1990. *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald, Jacques-René Rabier, Ian Gordon und Carsten Lehman Sørensen. 1980. "Broader Powers for the European Parliament. The Attitudes of Candidates." *European Journal of Political Research* 8:113-132.

- Kaase, Max. 1993. "The Elections to the German Bundestag of December 1990." In *The Politics of German Unification*, hrsgg. von Karl-Christian Kaltenthaler und Wolfgang Luthardt. Im Druck.
- Kaase, Max. 1987. "On the Meaning of Electoral Change in Democratic Polities." *Political Studies* 35:48-49.
- Key, Vladimir O. Jr. 1966. *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Elections 1936-1960*. Cambridge, Mass.: The Belknap Press of Havard University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1979. "Measuring Ideological Conceptualizations." In *Political Action*, hrsgg. von Samuel H. Barnes, Max Kaase et al. Beverly Hills: Sage.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1973. "Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellungen zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich." *Politische Vierteljahresschrift* 14: 227-257.
- Küchler, Manfred. 1991. "Issues and Voting in the European Elections 1989." *European Journal of Political Research* 19: 81-104.
- Lewis-Beck, Michael S. 1986. "Comparative economic Voting: Britain, France, Germany, Italy." *American Journal of Political Science* 30:315-346.
- Lewis-Beck, Michael S. und Brad Lockerbie. 1989. "Economics, Votes, Protests. Western European Cases." *Comparative Political Studies* 22:155-177.
- Lindberg, Leon N. und Stuart A. Scheingold. 1970. *Europe's Would-Be Polity*. New Jersey: Prentice Hall.
- Lipset, S. Martin und Stein Rokkan. 1967. "Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction." In *Party Systems and Voter Alignments*, hrsgg. von S. Martin Lipset und Stein Rokkan. New York: Free Press.
- Macdonald, Stuart E., Ola Listhaug und George Rabinowitz. 1991. "Issues and Party Support in Multiparty Systems." *American Political Science Review* 85:1107-1131.
- MacKuen, Michael B., Robert S. Erikson und James A. Stimson. 1992. "Question-Wording and Macropartisanship." *American Political Science Review* 86:475-81.
- MacKuen, Michael B., Robert S. Erikson und James A. Stimson. 1989. "Macropartisanship." *American Political Science Review* 83:1125-42.
- Miller, Warren E. und Donald E. Stokes. 1966. "Constituency Influence in Congress." In *Elections and the Political Order* von Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. New York: John Wiley [zuerst veröffentlicht in der *American Political Science Review* Bd. 57, 1963]
- Nie, Norman H., Sidney Verba und John R. Petrocik. 1976. *The Changing American Voter*. Enlarged edition. Cambridge, Mass and London.: Havard University Press

- Niedermayer, Oskar. 1983. *Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Niemi, Richard G. und Herbert F. Weisberg, Hrsg. 1993. *Controversies in Voting Behavior*. Third Edition. Washington, D.C.: CQ Press
- Page, Benjamin I. und Robert Y. Shapiro. 1992. *The Rational Public. Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Pappi, Franz Urban. 1992. "Wahrgenommene Politikdistanzen zwischen Parteien und eigene Politikpräferenzen der Wähler. Die Anwendung eines räumlichen Modells der Parteienkonkurrenz auf das Parteiensystem in West- und Ostdeutschland." In *Theorie - Daten - Methoden. Neue Modelle und Verfahrensweisen in den Sozialwissenschaften*, hrsgg. von Hans-Jürgen Andreß, Johannes Huinink, Holger Meinken, Dorothea Rumianek, Wolfgang Sodeur und Gabriele Sturm. München: Oldenbourg.
- Pappi, Franz Urban. 1991. "Wahrgenommenes Parteiensystem und Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland." *Aus Politik und Zeitgeschichte* B44/91:15-26.
- Rabinowitz, George und Stuart E. Macdonald. 1989. "A Directional Theory of Issue Voting." *American Political Science Review* 83:93-121.
- Rattinger, Hans. 1993. "Einstellungen zur staatlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruches in Ost- und Westdeutschland." *Zeitschrift für Soziologie* 22:111-124.
- Reif, Karlheinz. 1992. "Wahlen, Wähler und Demokratie in der EG." *Aus Politik und Zeitgeschichte* B19/92:43-52.
- Reiter, Howard L. 1989. "Party Decline in the West. A Sceptic's View." *Journal of Theoretical Politics* 1:325-348.
- Robertson, David. 1976. *A Theory of Party Competition*. London: Wiley.
- Rokkan, Stein. 1970. *Citizens, Elections, Parties*. Oslo: Universitetsforlaget.
- Sartori, Giovanni. 1976. *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stokes, Donald E. 1966. "Spatial Models of Party Competition." In *Elections and the Political Order*, hrsgg. von Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. New York: Wiley [zuerst 1963 in der *American Political Science Review* Vol. 57].
- Schendelen, Rinus van (Hg.). 1993. *National Public and Private EC Lobbying*. Aldershot: Dartmouth.
- Schendelen, Rinus van. 1991. "Images of Democratic Representation in the European Community." In *Politische Klasse und politische Institutionen*, hrsgg. von Hans-Dieter Klingemann, Richard Stöß und Bernhard Wessels. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Schmitt, Hermann. 1993a. "Catalyst of Change Again? The 1989 European Election in Germany." In *The European Electorate on the Eve of Unification*, eds. Cees van der Eijk, Mark N. Franklin, et al. Michigan: Michigan University Press.
- Schmitt, Hermann. 1993b. "Parteibindungen und Issuekompetenz als Determinanten des Wahlverhaltens bei den Europawahlen 1989." In *Wahlen und Europäische Integration*, hrsgg. von Oskar Niedermayer und Hermann Schmitt. Opladen: Westdeutscher Verlag (im Erscheinen). [Es handelt sich um die Überarbeitung eines für die 1993er Tagung der Arbeitsgruppe "Wahlen und Politische Einstellungen" vorbereiteten Papiers].
- Schmitt, Hermann. 1992. "So dicht war die Mauer nicht! Über Parteibindungen und Cleavages im Osten Deutschlands." In *Die Zukunft der Volksparteien im vereinten Deutschland*, hrsgg. von Peter Eisenmann und Gerhard Hirscher. München: Bonn Aktuell.
- Schmitt, Hermann. 1991. "Party Identification and the Vote in the 1989 European Parliament Election." Paper prepared for presentation at the Annual Conference of the American Political Science Association in San Francisco.
- Schmitt, Hermann. 1990. "Party Attachment and Party Choice in the European Elections of June 1989. A cross-national comparative analysis of the post-electoral surveys of the European Voters Study 1989." *International Journal of Public Opinion Research* 2:169-184.
- Schmitt, Hermann. 1989a. "About Party Attachments in Western Europe, and the Utility of Eurobarometer Surveys." *West European Politics* 12:122-139.
- Schmitt, Hermann. 1989b. "Was war 'europäisch' am Wahlverhalten der Deutschen?" *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung das Parlament) B43/89:39-43.
- Schmitt, Hermann. 1987. *Neue Politik in alten Parteien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmitt, Hermann. 1984. "Zwischen Homogenität und Polarisierung. Links-Rechts-Orientierungen von Mittleren Parteieliten und Parteielektoraten westeuropäischer Parteien." In *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, hrsgg. von J. W. Falter, Ch. Fenner und M. Th. Greven. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmitt, Hermann. 1983. "Party Government in Public Opinion: A European Cross-National Comparison." *European Journal of Political Research* 11:353-76.
- Schmitt, Hermann und Sören Holmberg. 1994. "Political Parties in Decline?" In *Citizens and the State*, hrsgg. von Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs. Oxford: Oxford University Press (forthcoming).
- Schmitt, Hermann und Helga Treiber. 1992. *Die EG-Orientierungen der Deutschen nach Maastricht*. Bericht in 2 Bänden. Mannheim und Brüssel: mimeo.

- Schmitt, Hermann und Renato Mannheimer (Hg.). 1991a. *The European Elections of June 1989*. Dordrecht: Kluwer [=Special Issue des *European Journal of Political Research* Vol. 19,1]
- Schmitt, Hermann und Renato Mannheimer. 1991b. "About Voting and Non-Voting in the European Elections of 1989." *European Journal of Political Research* 19:31-54.
- Schmuck, Otto. 1992. "Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union." *Europa Archiv* 47:97-113.
- Schüttemeyer, Suzanne S. 1986. *Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Smith, Eric R. A. N. 1989. *The Unchanging American Voter*. Berkeley: University of California Press.
- Thomassen, Jacques. 1991. "Empirical Research into Political Representation. A Critical Reappraisal." In *Politische Klasse und politische Institutionen* hrsgg. von Hans-Dieter Klingemann, Richard Stöss und Bernhard Weßels. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Treiber, Helga und Hermann Schmitt. 1990. *Structure in European Attitudes*. Report prepared on behalf of the Forward Looking Unit of the Commission of the European Communities. Mannheim: ZEUS (mimeo).
- Tsoukalis, Loukas. 1991. *The New European Economy*. New York: Oxford University Press.
- Wessels, Wolfgang. 1992. "Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends." *Integration* 15:2-16.
- Weidenfeld, Werner, Hrsg. 1990. *Wie Europa verfaßt sein soll*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Worre, Torben. 1989. "The European Election of 1989 in Denmark." Paper presented at ECPR Joint Sessions of Workshops, Paris.
- Zaller, John und Stanley Feldmann. 1992. "A Simple Theory of the Survey Response: Answering Questions versus Revealing Preferences." *American Journal of Political Science* 36:579-616.

8.1. Letter of Intent der Kommission der EG

8.2. Frageprogramm und Mittelgeber der Europawahlstudie 1989

European Elections Study 1989

The Voters Study

QUESTIONS AND SPONSORS

First Wave (EB30)
Oct/Nov 1988

Second Wave (EB31)
March/April 1989

Third Wave (EB31A)
June/July 1989

DEPENDENT VARIABLES

national vote intention
national recall
european vote intention
prob electoral participation

INDEPENDENT VARIABLES

national parties' Europeanness
knowledge EC institutions
saliency EC inst. (comp)
issue saliency rating (12 items)
political interest ntl.
political interest EC
L-R selfplacement
Mat-Pmat
party attachment + which
...
EP awareness
EP impression
...
general EC attitudes
...
extended demography
(incl subjective social class,
religion etc.)

DEPENDENT VARIABLES

national vote intention
national recall
european vote intention
prob european party choice
prob electoral participation

INDEPENDENT VARIABLES

issue saliency rating(12 items)
issue saliency ranking + party comp.
nation vs party within EP
knowledge EC institutions
political interest ntl.
political interest EC
party attachment + which
L-R selfplacement
Mat-Pmat
...
EP awareness
EP impression
...
general EC attitudes
...
extended demography
(incl subjective social class,
religion etc.)
...
...
IN GERMANY ONLY:
L-R party placement
knowledge candidates
outstanding pol leaders
saliency EC inst (reduced)
media coverage
media evaluation

DEPENDENT VARIABLES

national vote intention
national recall
european recall
prob national party choice

INDEPENDENT VARIABLES

issue saliency (12 items)
issue ranking
saliency EC inst (reduced)
knowledge EC pol (changed)
nation vs party in EP
nat government's record
alternative gov better
reasons of euro vote
reasons of euro abstention
political interest
political interest EC
L-R selfplacement
L-R party placement
Mat-Pmat
...
EP awareness
EP impression
...
SIX QUESTIONS FROM
COMMUNICATIONS GROUP
ON MEDIA ROLE etc.
...
general EC attitudes
...
extended demography
(incl subjective social class,
religion etc.)

First Wave (EB30)
Oct/Nov 1988

Second Wave (EB31)
March/April 1989

Third Wave (EB31A)
June/July 1989

SPONSORS

- Corriere de la Sera (I)
- ITN/ITV (GB)
- Le Soir (B)
- Nouvel Observateur (F)
- Politiken (DK)
- Radio Athens (GR)
- Sunday Independent (IRL)
- WDR (D)

- VDA (D)
- PvdA (NL)
Minister
- MORI (IRL)

SPONSORS

- Corriere de la Sera (I)
- De Morgen (B)
- Tageblatt (L)
- Nouvel Observateur (F)
- EL Periodico (E)
- El Dia 16 (E)
- O Seculo (P)
- WDR (D)
- PRETI (GR)

- CIS (E)
- BPA (D)
- EMNID (D)

SPONSORS

- ESRC
- Office of French Prime

8.3. Veröffentlichungen, die bisher aus der Europawahlstudie 1989 hervorgegangen sind oder kurz vor der Veröffentlichung stehen (Auswahl)

Schmitt, Hermann (1994). *Wahlverhalten in Westeuropa*. In Vorbereitung.

Eijk, Cees van der and Mark Franklin, eds. (1993). *The European Electorate on the Eve of Unification*. Ann Arbor: University of Michigan Press, forthcoming.

Niedermayer, Oskar and Hermann Schmitt, eds. (1993). *Wahlen und Europaeische Integration*. Opladen: Westdeutscher Verlag. Im Druck.

Schmitt, Hermann and Renato Mannheimer, eds. (1991). *The European Elections of June 1989*. Dordrecht: Kluwer (=Special issue of the *European Journal of Political Research*, Vol.19, No.1).

Caoyol, Roland (1991). European Elections and the Pre-Electoral Period: Media Use and Campaign Evaluations. *European Journal of Political Research* (19:1), pp. 17-30.

Eijk, Cees van der and Mark N. Franklin (1991). Community Politics and Electoral Representation: Evidence from the 1989 European Election Study. *European Journal of Political Research* (19:1), pp. 105-128.

Eijk, Cees van der and Erik Oppenhuis (1991). European Parties' Performance in Electoral Competition. *European Journal of Political Research* (19:1), pp. 55-80.

Eijk, Cees van der and Hermann Schmitt (1991). The Role of the Eurobarometer in the Study of European Elections and the Development of Comparative Electoral Research. In Karlheinz Reif and Ronald Inglehart (eds.), *Eurobarometer. The Dynamics of European Opinion*, London: Macmillan, pp. 257-274

Franklin, Mark (1991). Getting Out the Vote: Social Structure and the Mobilization of Partisanship in the 1989 European Elections. *European Journal of Political Research* (19:1), pp. 129-148.

Franklin, Mark and Wolfgang Ruedig (1991). The Greening of Europe: Ecological Voting in the 1989 European Elections. *Strathclyde Papers on Government and Politics* (82).

Kuechler, Manfred (1991). Issues and Voting in the European Elections 1989. *European Journal of Political Research* (19:1), pp. 81-104.

Ruedig, Wolfgang and Mark Franklin (1991). Green Prospects: The Future of the Greens in Britain, France and Germany, in Wolfgang Ruedig, ed., *Green Politics Two*, Edinburgh: Edinburgh University Press.

Schmitt, Hermann and Renato Mannheimer (1991). About Voting and Non-Voting in the European Elections of June 1989. *European Journal of Political Research* (19:1), pp. 31-54.

Eijk, Cees van der (1990). Ongerustheid over kiezersopkomst Terecht or niet? [Turnout - cause for concern or not?], *Namens*, Vol. 5, 8, October 1990, pp. 18-22.

Eijk, Cees van der, Manfred Kuechler and Hermann Schmitt (1990). The European Voters Study 1989. *IASSIST Quarterly*, Vol 14,2, pp. 9-13.

Eijk, Cees van der and Erik Oppenhuis (1990). Turnout and Second Order Effects in the European Elections of June 1989 Evidence from the Netherlands. *Acta Politica*, 1990/1, pp.76-94.

Patrick Keating and Michael Marsh (1990). The European Parliament election. In Michael Gallagher and Richard Sinnott (eds.), *How Ireland voted 1989*. Galway: Center for the Study of Irish Elections, pp. 131-147.

Schmitt, Hermann (1990). Party Attachment and Party Choice in the European Elections of June 1989. A cross-national comparative analysis of the post-electoral surveys of the European Voters Study 1989. *International Journal of Public Opinion Research* (2: 2) pp. 169-184.

Swyngedouw, Marc, Lieven de Winter and Luc Schulpen (1990). *De Verkiezingen voor het Europees Parlement 1989* [The European elections 1989]. Report published by DIMARSO (Gallup Belgium), November 1990.

Schmitt, Hermann (1989). Was war "europaeisch" am Europa- Wahlverhalten der Deutschen? Eine Analyse der Europawahl 1989 in der Bundesrepublik Deutschland. [The 'European' effects on German electoral behaviour in the European elections of 1989]. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B43/89), pp. 39-51

8.4. Tabellarische Lebensläufe der Antragsteller